

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementsspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M., — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Molo. 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 688.

Inseratenpreise:
Die Tagespostene Volizelle 50 Pf. und 40%, Zeuerungsauflage — 70 Pf.
Desgl. bei Plakatvorrichtung 55 Pf. und 40%, Zeuerungsauflage — 77 Pf.
Schluß der Annahme von Inseraten für die jährlige Nummer früh 9 Uhr.
Postcheckkonto Nr. 58 477.

Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Todesstrafe bleibt! Die Nationalversammlung lehnt ihre Beseitigung ab!

Die Landarbeiterbewegung.

Generalstreik gegen Belagerungszustand und Streikverbot.

Berlin, 16. Juli. Die Vertrauensmänner der Stettiner Gewerkschaften haben, wie verschiedene Blätter berichten, gestern abend beschlossen, heute früh in einen Generalstreik einzutreten, um den Kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu befehligen. An einer Versammlung der Magistratslandarbeiter wurde von diesem Beschluss Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgerufen, dem Beschluss nachzukommen.

Berlin, 16. Juli. Die Volkszeitung meldet aus Stettin: Die Verhängung des Belagerungszustandes über fast ganz Pommern verursachte unter den Sozialdemokraten eine ziemliche Erregung. In Stettin kam es gestern nachmittag zum Generalstreik. Zuerst traten die Arbeiter des Landwirtschaftlichen Dienstvereins in den Kampf. Sie begaben sich in geschlossenem Auge nach den andern Betrieben und zwangen die Arbeitnehmer zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe stillgelegt. Der Anklamer Anzeiger konnte nicht erscheinen, das Wasserwerk arbeitet vorläufig noch. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. In Köslin sind die Metallarbeiter ausständig. Der Betrieb der Straßenbahn ruht dort.

Berlin, 16. Juli. (W. L. B.) Wie aus Greifswald berichtet wird, brach auf etwa 20 bis 30 Gütern im Kreise Brandenburg der Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von Greifswalder Seite ausmarschierte. Die Arbeiter wurden bedroht, ein Gußbesitzer vom Pferde geworfen und misshandelt. Am Freitag ruht im Zusammenhang mit dem Ausland seit gestern jede Arbeit. Wie der Volkszeitung berichtet wird, fordert die Arbeitnehmer in Greifswald die Absetzung des Regierungspräsidenten, die zur Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die Auflösung des Belagerungszustands und die sofortige Befreiung aller fremden Militärs. Die Urachen zur Verhängung des Belagerungszustands waren, wie es in der Volkszeitung heißt, übertriebene Meldungen des Landrats von Ansbach.

Was übrigens die Bewegung unter den Landarbeitern veranlaßt hat und wie sinnlos das Gesetz von Sehern ist, die am Werkseien, um die Arbeiter in der Erntezeit zu einem Generalstreik zu veranlassen, wird durch nichts besser illustriert als durch folgende von der rechtsozialistischen (also unverdächtigen) Fraktion in der Preußischen Landesversammlung eingebrachte Anfrage:

"Nach Nachrichten aus dem Lande, besonders Pommern, Schlesien und Brandenburg, werden seitens der Landwirte Abmachungen getroffen, die organisierten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern, Arbeiter und Angestellten, zu entlassen, weil diese von dem gesetzlich gewohntesten Vereinigungsberechtigt Gebrauch machen.

Die Arbeitgeber werden ehrenwirthlich verpflichtet, organisierte Arbeitnehmer, besonders solche, die Vertrauensämter in den Gewerkschaften ausüben, zu mahnen.

Wenn Arbeitnehmer versuchen, die abgeschlossenen Tarifverträge durchzuhalten, wird diesen mit Entlassung droht. Es ist gerichtlich ertragbar, wenn die Arbeitnehmer direkt bewerben.

Landwirte oder deren Beauftragte, wie auch Gendarmen und Polizeibeamte greifen bewaffnet in Wohnverhandlungen ein.

Durch diese Maßnahmen wird das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschärft und brechen Gewerkschaften auseinander, die durch das Verhalten der Landwirte direkt beworben werden.

Was bedeutet die Staatsregierung gegen dieses Vorhaben eines immerhin erheblichen Teils der Landwirte, das planmäßig von den sogenannten Bandländen gefordert wird, zu tun, und wie geht es die arbeitswilligen Landarbeiter gegen diesen Terrorismus gewisser Kreise der Landwirte zu schützen?"

Hier beschreibt die Rechtssozialisten also sich selber, wohin die von ihrem geprägten Nase durchgesetzte Bewaffnung der Grundbesitzer und die Gewaltmissbrauch der Arbeiter geführt hat, nämlich dazu, den Landarbeiter mit Hilfe der Waffen auch weiter zum Sklaven des Grundherrn zu machen. Das ist die alte Art und Weise der Grundherren, ihre Arbeiter bis aufs Blut zu drangsaliert und zu schikanieren und, wenn diesen dann einmal die Galle überläuft, gleich über "Gewalt" zu schreien.

Von neuem zeigt uns all dies die schwere Unterlassungslinde, die die Revolution benötigt hat, als sie die feudalen Grundherren unangestastet in ihrem Besitz ließ.

Vorher muß von der Regierung mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie den kommandierenden General zu Stettin, der sich zum bestossenen Werkzeug des Verlangens der Junker macht, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu vernichten und ihnen das Mittel zu geben, jede unter dem Druck der Revolution zugestandene Verbesserung des Arbeitsverhältnisses wieder zurückzunehmen, schließen! Wird sie wenigstens das tun?

Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Berlin, 16. Juli. Die B. Z. am Mittag meldet aus Königsberg: Von unverantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Mohringen in wilde Streiks treiben lassen. Der Centralverband der Landes-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit aber anzunehmen, da in den nächsten Tagen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrags stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zum Schutz der Arbeitswilligen sind Regierungstruppen in den Kreis gefordert worden.

Schattmacherei.

Wolmar, 16. Juli. Abg. Dr. Wittenmann (Deutsche Un.) brachte in der Nationalversammlung eine Anfrage ein, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um den drohenden Generalstreik zu vereiteln (nicht etwa bezugnehmen! Red. d. B.) und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

Der Proteststreik in Hamburg.

Hamburg, 16. Juli. Der heutige Proteststreik der unabhängigen Sozialdemokraten wegen der Verhaftung des zweiten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbands und die Erneuerung für die am 24. und 25. Juni Gesellene, die befrüchteten sich im allgemeinen auf die Betriebsbetriebe. Der Verleie im Elbhafen und auf den Fähren ist unbehindert. Am Westbahnhof und auf anderen Dritteln der Erde. Auf den übrigen großen Werken ruht die Arbeit größtenteils.

Der Streik ist n. a. auch mit dem außerordentlich herausfordernden Anstreben der Reichstruppen, mit der Einführung der Kriegsstrafe in den Gefangenissen und der Verhaftung von Bürger-schaftsmitgliedern begleitet worden.

Gaußsuchungen.

Hamburg, 16. Juli. Vom Corps Setow-Worbeck wird mitgeteilt: In den Morgenstunden wurde das Sekretariat der R. P. D. in der Rosenstraße durch Truppen untersucht, da bekannt war, daß sich in denselben heimische Flunzblätter (?) befanden. Die Untersuchung bestätigte diese Nachricht. Nach Ausführung des Befehls wurden die Truppen zurückgezogen.

Der Strafantrag gegen Toller.

München, 16. Juli. Der Staatsanwalt Hahn beantragte gegen Toller unter Jubiläum mildernder Umstände eine Haftstrafe von sieben Jahren. (Z.-U.)

Die französischen Sozialisten gegen den Versailler Frieden.

Versailles, 14. Juli, 7 Uhr abends. In der heutigen Sitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei wurde die Verabsiedlung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Ferdinand Faure wandte sich gegen den Kriegssozialismus und sprach die Erwartung aus, daß die Sozialisten gegen den Friedensvertrag stimmen würden. Mistral erklärte, er und seine Freunde würden den Vertrag ablehnen und kritisierte scharf den Vertrag, den er den Gewaltakt von Versailles nannte. Bonnot sprach sich ebenfalls gegen den Vertrag aus, der seinen Frieden bringen könnte. Die Alliierten seien untereinander nicht mehr einig. Man könne sich der Abstimmung nicht enthalten, sondern müsse entweder für oder gegen den Vertrag stimmen. Die Sitzung dauerte an.

Populaire berichtet, daß heute vormittag anlässlich des Nationalfestes die Kriegsbeschädigten von der Fédération des Armés kämpfer sich noch dem Kirchhof Père Lachaise begeben wollten um Kränze an den Gräbern der Gefallenen niedergelegen. Die Polizei habe den Zug angegriffen, ebenso an einer andern Stelle einen Zug von etwa 250 Kriegsbeschädigten. An beiden Stellen habe es Verwundete gegeben.

Paris, 16. Juli. Savas. Der Nationalausschuss der Sozialisten hat beschlossen, mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 501 Abstimmungsklausuren die Ratifikation des Friedensvertrags abzulehnen.

Schein und Wirklichkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Eine Fülle von Verordnungen und Befehlen ist in den jüngst vergangenen Tagen über das deutsche Volk niedergegangen. Da wird es streng verboten, die Regierungstruppen zu beleidigen oder zu boykottieren; ebenso soll schwer büßen, wer den Mitgliedern der Einwohnerwehren zu nahe tritt. Den streitenden Arbeitern wird streng befohlen, zur Arbeit zurückzukehren, und den arbeitenden Proletarien wird nicht weniger streng untersagt, ihre Tätigkeit einzustellen. Hohe Gefängnisstrafen bedrohen jeden, der gegen diese Gebote und Verbote irgendwie verstößt. Dagegen wird all den braven Staatsbürgern, die in Ruhe und Besonnenheit ihr Tagewerk vollbringen, oder ohne Störung Wucher verdient oder Kapitalisten verzehren, die gegen Versorgung und hohen Lohn Dienst bei den Regierungstruppen genommen haben oder als Streiktreiber sich betätigen wollen, kurzum, allen möglichen Elementen Belohnung und Verfolgung in Aussicht gestellt. Alle diese Verordnungen und Befehle sind unterzeichnet von Herrn Noske, dem Reichswehrminister. Alles geschieht im Namen des Belagerungszustandes, von Gesetz und Recht ist keine Rede mehr. Das Noske'sche Prinzip, daß nur der Erfolg entscheidet und Gewalt vor Recht gehe, ist ausschlaggebend geworden.

Und doch gelingt es nicht, die steigende Erbitterung der Volksmassen einzudämmen, die Arbeiter wieder zu willigen Ausbeutungsobjekten des Kapitals zu machen. Immer wieder kommt es zu Streiks. Die Regierung macht alle Anstrengungen, um diesen Streikbewegungen einen politischen Ausdruck zu geben und sie insbesondere auf Hetzeren der Kommunisten und der unabhängigen Sozialdemokraten zu rückschließen. Es ist geradezu haarräubend, wie in der letzten Zeit mit schamlosen Spiegelberichten der Glaube zu erwischen versucht wird, daß hinter diesen Streiks und auch hinter den in verschiedenen Orten ausgebrochenen Lebensmittelunruhen ein wohlvorbereiteter Plan stände, den Sturz der "rechtmäßigen" Regierung herbeizuführen. Wir brauchen nicht des näheren auszuführen, daß die unabhängige Sozialdemokratie mit diesen aus der wirtschaftlichen Not geborenen Ausbrüchen der Vergewaltigung nur insofern etwas zu tun hat, als sie die Gründe dafür zu begreifen und eine Politik zu fördern sucht, die endlich eine Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen herbeiführt. Und wir glauben, daß auch die Kommunisten nicht daran denken, diese unorganisierten Bewegungen und Tumulte für ihre politischen Zwecke auszubeuten. Die Regierung oder deutlicher: der neue Militarismus, in dessen Namen Noske spricht, und der in Wirklichkeit die Regierung führt, will mit diesen Geschichten die Oeffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft einnehmen. Weil die Regierung unfähig ist, eine gründliche Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen das Proletariat leidet, herbeizuführen, sucht sie es durch militärische Maßnahmen niederzuhalten.

Wer von außen die politischen Verhältnisse Deutschlands betrachtet, der könnte leicht zu dem Glauben kommen, daß der neue Militarismus gesiegt habe und die proletarische Revolution endgültig niedergeworfen sei. Wenn man unter Revolution nur den Kampf mit Maschinengewehren und Handgranaten, die Errichtung von Barricaden, die gegenseitige Niedermeilung im Bürgerkrieg versteht, so kann man freilich leicht zu solchem Trugschlüsse kommen. Aber die revolutionären Truppen des Proletariats sind doch von andern und viel gewaltiger Art. Nicht die militärischen Kampfsmittel sind ausschlaggebend für die Stellung der Klassen im politischen Leben, sondern ihre Bedeutung im Produktionsprozeß und der Grad ihrer daraus abgeleiteten politischen Erkenntnis. Untersucht man aber den Stand der Dinge nach diesem Maßstab, so wird man zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Im ganzen Lande wählt die Bewegung der unabhängigen Sozialdemokratie; es geht nicht mehr schrittweise vorwärts, sondern in einem wahren Tempo. Wo wir auch hindrücken, überall wenden sich die arbeitenden Massen von der verräderischen Politik der Rechtssozialisten ab und sammeln sich unter dem Banner der unabhängigen Sozialdemokratie, das zugleich das Banner des wahren Sozialismus ist. Besonders kennzeichnend für den Stand, den Umfang und die Tiefe der Bewegung ist die Verhältnisse in Berlin.

Die Reichshauptstadt hat in der Kriegszeit und während der Revolution keine besonders rühmliche Rolle gespielt. Viele großen Bewegungen fanden sie entweder zu spät oder ihre Aktionen verzögerten sich, so dass an einen Erfolg nicht zu denken war. Schon früher ist die Stärke der Arbeiterbewegung in Berlin sehr überschätzt worden. Man hat außerhalb Berlins nur die großen Zahlen in den Organisationen, und man übernahm, dass der Geist, von dem die Massen erfüllt sein sollten, also das sozialistische Bewusstsein nicht in die Tiefe ging. Das zeigte sich deutlich, als den Berliner Arbeitern im November 1918 vom Parteivorstand der Vorwärts geräubt wurde. Es zeigte zwar eine Protestbewegung ein, das Blatt konnte sich aber bald rühmen, die schwere Abonnentenziffer nicht nur wieder erreicht, sondern weit überschritten zu haben. Durch den Vorwärts wurde es den Rechtssozialisten möglich, in Berlin wesentlich an Boden zu gewinnen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag für die Genossen Liebknecht und Statthalter, bei den ersten Wahlen zum Arbeiterrat, bei den Wahlen zur Nationalversammlung ergab sich die Tatsache, dass die Rechtssozialisten in Berlin die erste Stelle erobert hatten.

Das war ein Zeichen für die Unreife größerer Teile der Massen, für den geringen Grad des Verständnisses, mit denen die Mehrheit der Berliner Arbeiter noch Ende des vorigen Jahres den politischen Vorgängen gegenüberstanden. Ein arberes Zeichen war die starke Zerplitterung der Berliner Arbeiterschaft nach der linken Seite. Die letzten Monate des Krieges halten Zehtausend, die von Desertionen nach Berlin geflohen; in den ersten Monaten der Revolution kam dazu ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen. Sie bildeten einen günstigen Nährboden für die hemmungslose Agitation der Kommunisten. Unter ihnen waren viele, die vor dem Kriege keine politische Schulung gehabt hatten, denen daher jede politische Erfahrung, jede Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Möglichkeiten abging. Dasselbe konnte in den ersten Monaten der Revolution der Eintritt entstehen, als ob aus der linken Seite der Arbeiterbewegung die Kommunisten das Feld beherrschten. Dem ist es wohl zuzuschreiben, dass selbst in den Kreisen der unabhängigen Sozialdemokratie sich die Anschauung bildete, dass man der Gefahr einer Abwanderung der Arbeitermassen in das kommunistische Lager nur dadurch begegnen könnte, indem man einfach die kommunistische Taktik nachahme. Es entstand die Gruppe der revolutionären Obrigkeit, und einen Augenblick drohte die Gefahr einer neuen Spaltung.

Diese Vorgänge und diese Entwicklungstendenzen gehören jetzt der Vergangenheit an. Heute beherrscht in Berlin die unabhängige Sozialdemokratie unbestritten das Feld. Die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft steht hinter ihr. Wie gewaltig die Aufwärtsbewegung in Berlin gewesen ist, das geht aus einigen Zahlen hervor. Die Parteiorganisation der U.S.P. für Groß-Berlin zählte bei Beginn der Revolution etwa 18–20 000 Mitglieder. Ihre Zahl war Mitte Juni auf 90 000 gestiegen. Dabei muss man berücksichtigen, dass der Organisationsapparat neu aufgebaut werden musste, dass die Zehntausende von neuen Mitgliedern fast ohne jede besondere Agitation zur Partei gekommen sind. Noch deutlicher aber zeigt sich der Stand der Bewegung in der Zahl der Leser, die die Freiheit gewonnen hat. Zu Beginn der Revolution wurde sie mit 40 000 Lesern ins Leben gerufen. Heute ist ihre Abonnentenzahl auf weit über 200 000 gestiegen, sie hat den Leserstand des Vorwärts weit überflügelt; die Freiheit ist zum größten sozialistischen Blatte der Welt geworden. Ebenso deutlich zeigen alle Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokratie aus der jüngsten Zeit, dass sie die beherrschende Stellung im politischen Leben Berlins einnimmt. Die Industriearbeiter, bei denen man infolge ihrer Tätigkeit Klassenbewusstsein und sozialistische Erkenntnis zu allererst voraussehen kann, stehen geschlossen zu unserer Partei. Groß ist der Zuspruch aber auch aus den Kreisen der Kopfarbeit, der Kaufmännischen und industriellen Angestellten. In wachsender Zahl kommen die Intellektuellen zu uns. Bei den Rechtssozialisten bleiben dagegen naturgemäß diejenigen Schichten der proletarischen Bevölkerung, die entweder in Erkenntnis ihrer Klassenlage noch nicht weit genug vorgeschritten sind oder von dieser Partei als der eigentlichen Regierungspartei besondere Vorzeile erhoffen.

Moskau-Erlasse, Befehle und Strafandrohungen erwecken den Schein, als ob die Regierung stärker in der Macht säße als je zuvor. Wo aber die wirkliche Macht sich befindet, wenn die nächste Zukunft gehört, das zeigt die von uns geschilderte Entwicklung der unabhängigen Sozialdemokratie, die sich im ganzen Reich ebenso wie in Berlin vollzieht.

Ein reaktionärer Auftakt.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 15. Juli.

Der Auftakt zur Beratung der Grundrechte löst für die Weiterberatung vieles erwartet. Die Verfassungsberatung ist an dem Punkte, wo sich der wahre Charakter der Mehrheit der Nationalversammlung deutlicher noch zeigen muss als bei der Beratung der konstruktiven Bestimmungen der Verfassung. Jetzt muss sich zeigen, ob die deutsche Republik eine wirkliche bürgerliche Demokratie sein soll, in der wenigstens die formale politische Gleichberechtigung gewährleistet wird, oder ob sie nichts sein will als eine Scheindemokratie, in der durch die Verfassung einer bürgerlichen Freiheit weitgehende Schranken gezogen werden. Die heutige Sitzung, in der die ersten sechs Artikel der Grundrechte erledigt wurden, enthüllte nur zu deutlich den reaktionären Charakter der Nationalversammlungsmehrheit und der Grundrechte, die sie schaffen werden. Die Beratung erstreckte sich zunächst auf Artikel 107, der die Grundrechte als Schranke und Richtlinie für die Gesetzgebung und Verwaltung festlegen soll. Rechte, Zentrum und Demokraten jedoch wollten sich die Möglichkeit offenlassen, selbst das wenige, das die Grundrechte festlegten, noch in einer weiteren Gesetzgebung beiseite schließen zu können und die Grundrechte, wie ihnen unser Genosse Cohn entgegenhielt, zu einem schönen Monolog zu machen. Die kompakte reaktionäre Majorität drückte die Streichung des Artikels 107 durch.

Nun begann die sächsische Auseinandersetzung zunächst über die Frauenrechte. Die Rednerin unserer Partei, Genossin Zieh, enthielt eine hörungsfähige Rede, die darin liegt, dass die Parteien, die bisher die härtigsten Befürderer der politischen Betätigung der Frau und des Frauenwahlrechts gewesen sind, jetzt ein Hobnail auf die politische Tätigkeit der Frau singen, gleichzeitig aber auch verhindern

wollen, dass die völlige Gleichstellung der Frau einsetzen soll. Es ist verhängnisvoll, dass es eine Frau war, die Rednerin des Zentrums, die sich gegen die wirkliche Gleichstellung der Frau aussprach.

Überaus bezeichnend für den Geist der Majorität: die Nationalversammlung aber ist die Beratung über die Abschaffung des Adels. Hier hätte die Bourgeoisie bürgerlichen Stolz zeigen können, hätte jetzt wenigstens, wo sie tatsächlich die Macht hat, die sie schon hätte haben können, sich loszagen können von den Mächten des Feudalismus. Wie aber das ganze jetzige Regime sich stützt auf die Generale und Offiziere der wilhelminischen Epoche, so hielt die Bourgeoisie fest an der Verbrüderung mit den feudalen Mächten, in denen sie immer noch den leichten Rückhalt gegen die sozialistische Republik erblickt. Die erbärmliche Haltung der Demokraten in dieser Frage ist nicht zu übertreffen und einem Professor Quidde blieb es vorbehalten, seiner Freunde darüber Klusdruck zu geben, das durch den Artikel 108 die Abschaffung des Adels in Bayern illustriert gemacht wird. Selbst das Gefühl für die Würde einer bürgerlichen Revolution geht diesen Kleinbürgern ab.

Nach dieser Leistung fällt es nicht weiter auf, dass der unabhängige Sozialistische Antrag auf Aufhebung der Ausnahmegehege gegen die Prostitution abgelehnt wurde, das die Begründung durch unsre Genossen zeigt das tehende Bürgertum hervortieß. „Die Prostitution gehört nicht in die Verfassung!“ Das war das, was die Bürgerlichen unsrer Genossen entgegenzusetzen hatten. Natürlich, wie die gesitteten Bourgeois öffentlich nichts vom Besitzen einer Prostitution wissen wollen, die sie heimlich bezirzen, so wollen sie auch in der Verfassung nicht öffentlich zugeben, dass es eine Prostitution gibt.

Unsre Genossen enthielten durch ihr Vorgehen in der Nationalversammlung den tödreaktionären Charakter ihrer Mehrheit und ihrer Beratungsarbeit. Das war den Herrn unangenehm, und ihr Präsident legt gegen Schluss der heutigen Plenarsitzung seiner großen Erblösung darüber die Jügel schleifen, dass unsre Genossen energisch Front machen gegen den Versuch, die Grundrechte ohne Kritik und eingehende Beratung durchzupressen. Aber die Herrschaften werden um die Enthüllung ihrer Schande nicht herumkommen.

Ausrechlerhalle der Todesstrafe.

(Eigene Drahtmeldung.)

Weimar, 16. Juli.

Ein neuer Tag der Beratung der Grundrechte, eine neue Schande für die Mehrheit der Nationalversammlung. In der heutigen Vormittagsitzung wurde sie vor die Frage gestellt, ob sie eine wirkliche Kulturaufgabe erfüllen und die Todesstrafe abschaffen wollte. Es zeigte sich, dass die bürgerliche Mehrheit jenen Geist der Gewaltpolitik atmet, den sie der äußersten Linken bei jeder Gelegenheit zum Vorwurf macht, dass sie nicht gewillt ist, wirkliche Kulturarbeit zu leisten und dass sie das Menschenleben heute noch so gering schätzt wie im Kriege. Nichts Erbärmlicheres als das Verhalten jener angeblichen Gegner der Todesstrafe aus den Kreisen des Bürgertums, die zwar platonisch für die Abschaffung der Todesstrafe sind, die aber in der Praxis für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt haben. Der moralische Tieftand der bürgerlichen Mehrheit wird grell dadurch illustriert, dass der Abgeordnete Düringer den Schluss dieser Debatte benutzt, um über Witzelerien und Anprobierungen gegen die Genossen Zieh zu richten. Nicht einmal den Ernst bei einer so schwerwiegenden Beratung und Entscheidung können diese Herren aufrechterhalten. Genosse Cohn wies in kurzen, scharfen, treffenden Ausführungen diese Witzelerien des Herrn Düringer zurück. In der Abstimmung ergab sich, dass die bürgerliche Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe ist.

Bei Gelegenheit dieser Debatte legte Herr Haußmann für die Demokraten ein wertvolles Gesändnis ab, indem er zugab, dass seine Freunde zuerst alle neuen Anträge zur Verfassung ablehnen wollten, ohne ihren Inhalt und ihren Wert zu prüfen. Der wahre Geist, der die Bourgeoisie bei der Beratung der Verfassung beherrscht, ist damit entblößt. Es kommt ihr nicht auf eine wirkliche Beratung an, sondern nur darauf, das Gesetz durchzupressen, das sie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, als Instrument im bürgerlichen Sinne gebraucht. Die bürgerliche Mehrheit hat sich nun mehr so demaskiert, dass eine weitere Entschleierung kaum noch möglich ist. Aber die Schamlosigkeit dieser Herren wird sich noch weiter überbieten!

Rücktritt der Unabhängigen Sozialdemokraten vom Untersuchungsausschuss über die Januarunruhen.

TU. Berlin, 16. Juli. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, ihre Mitglieder aus dem Untersuchungsausschuss wegen der Unruhen im Januar d. J. zurückzuberufen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht mehr weiter zu beteiligen. Der Grund ist, dass mehrere Zeugen vorgenommen werden sollen, die von der Darstellung Eichhorns sehr abweichende Angaben machen werden, ohne dass Eichhorn bei diesen Verhandlungen zugegen sein kann. Unsre Genossen sind der Überzeugung, dass durch solche Führung der Untersuchung der Einmittlung der Wahrheit nicht gedient werden kann.

Besserung der Kriegsgesangenenlage in Frankreich.

Berlin, 15. Juli. Wolfs Büro meldet: Bekanntlich waren in den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgesangenen bei den Arbeitskompanien in dem jüdischen französischen Operationsgebiet eingegangen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgelegt werden, dass Delegierte der schwäbischen Gesellschaft in Paris die Eraubnis erhielten, diese Kriegsgesangenen zu besuchen. Die Berichte zeigen ein und zeigen eindrücklich, dass die französische Regierung endlich durchgegriffen und den schlimmsten Missständen gebeugt ist. Die Innerbringung hat sich sehr verbessert, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend, über die Behandlung wird vie weniger geklagt. Selbstverständlich werden alle eingehenden Beschwerden auch weiterhin auf das nachdrücklichste verfolgt werden, jedoch können die Angehörigen eindrücklich mit Recht annehmen, dass die noch einkommenden Klagen jetzt wahrscheinlich im wesentlichen überholt sind.

Arbeiter gegen Handwirte.

Innsbruck, 14. Juli. Die Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften von Innsbruck, der deutschen Eisenbahnervereine, des Reichsbundes deutscher Postbeamten und anderen, legten heute vormittag auf zwei Stunden die Arbeit nieder, um dadurch der Landesregierung den Entschluss zu verhindern, dem Staat der Landwirte einen Streit der arbeitenden Bevölkerung der Südtiroler entgegenzustellen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Eine von den Arbeitern und der Beamenschaft zahlreich besuchte Protestversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der an die Landesregierung Forderungen bezüglich besserer Versorgung mit Fleisch, Milch usw. gestellt werden.

Chinesischer Protest gegen den Versailler Frieden.

Amsterdam, 14. Juli. Times melden aus New York, dass der chinesische Präsident einer Abordnung von chinesischen Patrioten erklärt, dass China den Friedensvertrag unterzeichnet müsse. Hieraus versuchten verschiedene Mitglieder der Deputierten, die sich aus Kaufleuten, Lehrern und Studenten zusammensetzen, als Protest gegen die Juvalung Schantung an Japan in Gegenwart des Präsidenten der chinesischen Republik Selbstmord zu begehen. Bevor die Polizeiwachen es verhindern konnten, gelang es drei Mitgliedern der Abordnung, sich schwere Verwundungen zuzubringen.

Kohlenmangel und Eisenbahndesastre in Italien.

Bern, 15. Juli. Der italienische Transportminister entwidmete in der gestrigen Sitzung der Kammer ein außerordentlich düsteres Bild von der Lage des Transportwesens. Er erwähnte die sichbare Kohlenknappheit in Italien. Kohlen können nur noch aus England und Amerika. Die monatliche Ruhstufe reicht zur Zeit nicht einmal zur Deckung des Bedarfs der Eisenbahnen. Dabei müsse man bedenken, dass es noch weniger werde. Italien brauche heute 18 Millionen Tonnen Kohlen, während es vor dem Kriege mit 11 Millionen Tonnen Kohlen währte. Angesichts dieser Lage werde die Regierung den Bau von großen elektrischen Überlandzentralen und die Elektrifizierung der Hauptbahnen auf jede Weise unterstützen.

Nicht viel besser sieht es mit dem Bahnmateriel. Der Bau neuer Bahnlinien werde durch den Mangel an Rohmaterial und Arbeitskräften sehr erschwert. Die Staatsbahnen hätten im letzten Rechnungsjahr mit einem Defizit von 540 Millionen gearbeitet. Genau so bedenklich sei die Lage der Handelsfirma. Vor dem Kriege habe Italien gegen 18 Millionen Tonnen Waren ausgeführt und über rund zwei Millionen Tonnen Schlüsselware verfügt. Heute, nachdem es mehr als die Hälfte seiner Tonnage verloren habe, zahle es gegen zwei Milliarden Schiffsmiteten an das Ausland.

Wie der Corriere della Sera sich von seinem römischen Mitarbeiter melden lässt, hat diese Rebe im Parlament schwere Unruhen hervorgerufen. Am meisten bedrückt hat die Abstimmung des Defizits bei den Staatsbahnen.

Die Lage in Ungarn.

Die Arbeitszeit der Jugendlichen.

Budapest, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Volkswirtschaftsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter einschließlich des theoretischen Unterrichts 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten darf, auch dann nicht, wenn der Betrieb aus irgendeinem öffentlichen Interesse länger als acht Stunden täglich in Tätigkeit ist.

Die Lebensmittelversorgung.

Budapest, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aktion zur Besserung der Versorgung des in der Hauptstadt arbeitenden Proletariats ist im Gange. Dem Präsidium des Budapester revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats ist es gelungen, die Lebensmittelzulieferungen und die Verteilung in einer Hand zu vereinigen und durch die entsprechende Durchführung die Ungleichheiten in der Lebensmittelverteilung abzuschaffen. Außerdem ist eine großangelegte Einsparungsaktion eingeleitet worden, derzuwohl bisher etwa 1200 Leute die Hauptstadt verlassen haben. Tatsächlich weist die Versorgung der Hauptstadt seit kurzem eine merkliche Besserung auf und es ist nicht zu verkennen, dass die konsequente Verwirklichung der sozialistischen Ideen auch auf diesem Gebiete schon bisher wahre Erfolge gezeigt hat.

Deutschland.

Das Betriebsrätegesetz.

Weimar, 15. Juli. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugetragen. Die große politische Ansprache ist mit Rücksicht auf den Geschäftsbetrieb der Nationalversammlung auf Dienstag, den 22. Juli, verschoben worden.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Das Reichswirtschaftsministerium hat den oberösterreichischen Kohlenkongressen angekündigten Befehl eine Erhöhung des Preises um 5 M. für die Tonne Kohle ohne Steuer bewilligt, die am 15. Juli in Kraft tritt. Damit sind (so ist W. A. offiziell hierzu) die oberösterreichischen Werke mit den nördlichen Ruhrbezirks ungefähr gleichgestellt, und sie sind im Interesse einer Produktionssteigerung in der Lage, die Löhne der unter Tage beschäftigten Bergarbeiter zu erhöhen.

Ob sie's tun werden?

Eine Denkschrift über die Lage der Landwirtschaft.

Weimar, 16. Juli. Der preußische Landwirtschaftsminister Braun hat dem Reichskabinett eine lange Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht und zur Übertragung der stark gesunkenen Produktion eine bedeutende Vermehrung der technischen Hilfsmittel und eine bedeutsche Erweiterung der Erwachsenenbildung in der Landwirtschaft gefordert.

Was will Herr Braun an die Stelle der Zwangswirtschaft bringen? Den freien Verkehr, bei dem die Wohlhabenden den Preisträtern die Nahrungsmittel weglaufen?

Ein Kruppdirектор im Reichswirtschaftsamt. Zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Gentlemen-Korrespondenz an Stelle Möllendorffs der fröhliche Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Wiesfeld, der in den letzten Monaten eine führende Stelle bei der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen. — Das Unternehmerium soll also einen Vertrauensmann im Reichswirtschaftsamt haben; nochdem es ihm nicht gelungen ist, ihn zum Reichswirtschaftsminister zu machen.

Verhandlungen durch General Maquin. In der hessischen General Maquin gab Ministerpräsident Ulrich bekannt, General Maquin habe ihm mitgeteilt, dass er die anlässlich des Streiks zu zweit bis fünf Jahren Gefängnis verurteilten Einwohner begnadigt habe.

Kleine Auslandsnachrichten.

Eine Protestkundgebung der deutsch-böhmisches Sozialisten. Die Landespartei der deutsch-böhmisches Sozialisten erließ einen Aufruf an die Arbeiterschaft Deutsch-Böhmen, in dem diese aufgefordert wird, am Montag dem 21. Juli abends zur Kundgebung internationaler Solidarität zu Massenversammlungen sich einzufinden, um gegen den Pariser Gewaltfrieden und Imperialismus zu protestieren. Der Militarismus in England. Daily News melden: Douglas Haig hielte in Übersee eine Rede, in der er erklärt, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehrs unterweisen werden, damit, wenn die nächste große Probe kommt, die eines Tages sicher kommt, England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Drohender Polizeistreik in Italien. Nach einer Europa-Presse-Meldung beanspruchen die Polizisten in den Städten Mailand, Rom, Genua, Neapel und Turin am Amtstag am 21. Juli in den Streik zu treten, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

Gompers kommt nach Europa. Nach der Chicago Tribune ist Gompers am 11. Juli nach Europa abgereist. Er wird sich in London, Antwerpen, Paris, Amsterdam, Rotterdam, dem Hafen, Brüssel und Liverpool mit den Abgeordneten beschäftigen, die im Oktober nach Washington kommen wollen.

Nationalversammlung.

57. Sitzung vom 15. Juli.

Auf eine Anfrage über das von den Verwertungsstellen verhöhrte Gesetz, die vom Abg. Thiele (Soz.) gestellt wird, erwidert ein Vertreter des Reichsbahnamts, daß die Zwischen Gewinne bei Verdüngung von Gütern sich in erträglichen Grenzen bewegen und teilweise der Preis an dem Verbrauch bestätigt werde. Die Herbeiführung der Preisfestsetzung werde erfolglos sein, da die Verwertungsstellen wenig Rechtsartikel des sozialen Gebrauchs zu verkünden hätten. Würde der Verkaufspreis von vornherein niedrig bemessen, so würden nur die Zwischen Gewinne höher. Dem Schlechthandel werde nach bestem Können entgegengewirkt.

Zum Vizepräsidenten an Stelle des Abg. Schulz wird aus Wissigkow Gröber (Zentr.) durch Zusatz der sozialdemokratische Abg. Süß gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Die Wahlauslösungssache Düsseldorf wird auf Antrag Dr. Spahn (Deut.) an den Ausschuß zurückverwiesen und nunmehr die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs

fortgesetzt bei dem zweiten Hauptteil „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“. Der einleitende Artikel 107, wonach die Grundrechte und Grundpflichten Altbauern und Schäfer für die Gelehrte, die Bevölkerung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern bilden, wird entsprechend einem Antrag Gröber (Zentr.) geändert. Der Antragsteller hatte hervorgehoben, daß dieser Artikel entbehrlich sei und besser in ein Lehrbuch der Grundrechte passe, als in die Verfassung.

Artikel 108 bestimmt: Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben — grundsätzlich — dieselben staatsbürglerischen Rechte und Pflichten. Rechtliche Rechte und Pflichten der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Abelsbeschreibungen gelten nur als Zeil des Namens und dürfen nicht mehr verlesen werden. Akademische Grade sind hierdurch nicht getroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel und Orden annehmen.

Die Abg. Heinz (Deutsche Up.) und Genossen beantragen die Erweiterung sämtlicher Bestimmungen über die Abelsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Die Unabhängigen beantragen: Der Adel ist abgeschafft. Vorrechte oder Nachteile (also nicht nur öffenlich-rechtliche) der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Genauso soll zu Anfang das Wort „staatsbürglich“ gestrichen werden. Außerdem sollen alle Bestimmungen aufgehoben werden, die die Rechtsstellung des Frau auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts beschränken.

Die Rechtssozialisten beantragen ebenfalls die Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürglerischen Rechten (nicht Pflichten). Darunter beantragen die Sozialdemokraten Frau Buchacz und Genossen hinter dem Satz über die Gleichstellung von Männern und Frauen den Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu gestalten.“

Abg. Frau Buchacz (Soz.): Der Frau können wegen ihrer besonderen Veranlagung nicht dieselben Pflichten auferlegt werden wie dem Manne, wie z. B. der Waffen- und Kriegsdienst. Die Abschaffung des Adels entspricht einer Forderung der heutigen Zeit und der ganzen Art der Verfassung. Bildung, Herzenschaffung und persönlicher Tatkraft muss den Menschen im neuen Deutschland angegen werden, dazu braucht es keinen Adels. Wir brauchen aber eine freiere demokratische Ausfassung.

Auf Antrag Dr. Quard (Soz.) wird über die Anträge wegen Gleichstellung der Frau namentlich abgestimmt werden.

Abg. Frau Deutz (Zentr.): Mit einem System der absoluten Gleichmacherei können wir uns nicht einverstanden erklären. Die Frau ist Arbeiterin, aber auch Mutter und Schauspielerin der Bildung und deutschen Welten. Wir begrüßen, daß ihr staatsbürglerische Rechte und Pflichten gegeben werden und sehen es als selbstverständlich an, daß sie berechtigt und verpflichtet in gleicher Weise wird, mitzuwirken für das Volk und das deutsche Vaterland als deutsche Frau.

Abg. Dr. Suppe (Dem.): Die sogenannte Adelsbezeichnung ist doch nur ein Teil des Namens. Auch das „von“ vor dem Namen bezeichnet nicht den Adel an sich, sondern ist auch mit bürgerlichen Familien verbunden, somit ein Bestandteil des Namens. Das ganze ist ein wohl erworbener Name, den man dem Deutschen nicht nehmen kann. Bei gleicher Rechte müssen auch gleiche Pflichten gelten. Wenn die Frau die Pflicht des Militärdienstes nicht übernehmen kann, so muß sie auch auf das Recht verzichten, etwa Offizier zu werden.

Abg. Dr. Graf Posadowsky (Deutschnat.): Will man etwa in einer Neuzzeitlichkeit die französische Revolution nachahmen? Napoleon, der große Menschenfeind, hat den Adel sofort wieder eingeführt. Der Adelsstall ist allerdings eine der wichtigsten Eigenschaften eines Menschen, und die Verleihung von Adel, aber auch von sonstigen Titeln und Würden ist vielfach missbraucht worden. Dennoch wird das Ansehen alter bürgerlicher Familien oder solcher, die ihren Adel auf wirklich hervorragende Taten zurückführen, durch Abschaffung des Adelsprivilegs nicht gemindert. Hinsichtlich der Gleichstellung der Männer und Frauen teilen wir den Standpunkt des Zentrums.

Abg. Frau Bieg (U. Soz.): Dieselben Gründe, die heute gegen die Gleichstellung der Frauen vorgebracht werden, haben wir schon gehört, als es sich um das Frauenwahlrecht handelte. Heute singt man selbst auf dem deutschnationalen Parteitag das Lob der politisch tätigen Frau. Die Frau leistet die schwersten Pflichten in der Geburt und in der Erziehung des Kindes, sie ist aber nicht der Vormund ihres Kindes und hat nicht das Recht, es vor Gericht zu vertreten. Mit seinen Worten für den Adel hat Graf Posadowsky doch nur redondo gesprochen.

Abg. Dr. Heinz (Deutsche Up.): Die gesellschaftliche Stellung bleibt dem Adel doch. Eine gewisse Abseitung gegen den Adel scheint die Anträge diktieren zu haben, die aber nur verleihen und Gestaltungen im Volke werfen kann. Soviell ist die überflüssige Verleihung von Titeln lächerlich, aber sie bleibt ein Requivalent für die geringe Bezahlung der Beamten. Auch die sozialdemokratische Regierung hat Titel verliehen, weil es ohne sie eben nicht geht. Fast scheint es, als hätte man das Gefühl, die richtige Revolution noch nicht gemacht zu haben, da man mit diesen Dingen kommt.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Ich kann mit Genugtuung eine weitgehende Übereinstimmung in den Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien feststellen. Bei der Forderung der Gleichberechtigung der Frau scheint die militärische Eignung aus, da auch zahlreiche nicht wehrfähige Männer ihre Staatsbürgerschaft ausüben dürfen. Die Bevormundung der Frauen durch den Mann muß fallen.

Abg. Dr. Quibbe (Dem.) tritt für die Abschaffung ein. Dagegen wird die radikale Beseitigung des Adels in der bayerischen Gesetzgebung aufgehoben. Die sozialdemokratischen Anträge lassen sich in ihren Folgen nicht übersehen.

Abg. Marchini (Deutsche Up.): Der Adel ist häufig aus sehr nobilitärschen Gründen verliehen worden. Seine Abschaffung ist nicht Gleichmacherei, sondern Beseitigung eines unbegründeten Vorrechtes.

Abg. Dr. Helm (Zentr.): An der Abschaffung des Adels kann dem Volke unmöglich so viel liegen wie hier immer behauptet wird. Das Volk erwartet von der Revolution wirtschaftliche Verbesserung. Mit Neuerungen dekorativer Art ist Ihnen nicht gefallen. Getretener Quot wird breit, nicht stark. (Sillerische Hinterkeit, lebhafte Zwischenrede des Abg. Dr. Quard.) Erzählen wir das Volk zu der Erkenntnis, daß Adel nur durch Leistungen gerechtfertigt wird. (Vorfall.)

Nachdem noch Abg. Dr. Suppe (Dem.) die sozialdemokratischen Abänderungsanträge als zu weitgehend bekämpft hat, wird Artikel 108 in der Ausschusssitzung angenommen. Der Antrag der Unabhängigen auf Streichung des Wortes „grundsätzlich“ wurde in Ausschaltung mit 149 gegen 119 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Frau Buchacz betreffend die Gleichstellung von Männern und Frauen in namenslicher Abstimmung mit 144 gegen 128 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Der Antrag über Abschaffung des Adels und der Titel wurde in namenslicher Abstimmung mit 143 gegen 127 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Helm.

Artikel 100 (Staatsangehörigkeit) wird unverändert angenommen unter Ablehnung eines Antrags Kraut (Deutschnat.), wonach die Ausübung politischer Rechte für das einzelne Land von Recht der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden sollte. Abgelehnt wurde auch der Antrag Schwenstein (Soz.), wonach nach einer Debatte auch bei Verhältnis mit einem Ausländer bestätigt sein sollte, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten.

Abg. Ahmann (Deutsche Up.) richtete einen eindringlichen Appell an die Reichsregierung, alles zu tun, um den Deutschen, die jetzt Polen werden müssen, für später die Rückkehr in den deutschen Staatsverband in jeder Weise zu erleichtern. Erst nachdem Artikel 110 (Freiheitlichkeit im ganzen Reich) angenommen war, bemerkte

Ministerpräsident Bauer zu dem Wunsche des Abg. Ahmann: Ich kann erklären, daß die Regierung, obgleich ein Beschluß der Gesamtregierung noch nicht erfolgt ist, nach meiner Überzeugung die Auffassung hat, daß diesem Wunsch nach Kräften folge geleistet werden soll. Die Regierung wird sich sofern wie möglich mit dieser Frage beschäftigen und über entsprechende Maßnahmen berichten. (Vorfall.)

Artikel 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachigen Volksstämme.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) befürwortet den Antrag seiner Partei, statt „fremdsprachigen Volksstämme“ zu sagen: „nationale Minderheiten“. Die Sprache allein könne nicht als Kriterium für die Minderheitlichkeit zu einer nationalen Minderheit angesehen werden. In Deutschland könnte eine ganze Reihe von Volksstämmen in Betracht. Sie ein Recht auf ein eigenes nationales Kulturleben haben, wie die Juden, Russen, die Polen, die ihre politische Muttersprache schon vor Generationen aufgegeben haben u. a. Auch der Volksverbundentwurf schlägt nicht die fremdsprachigen, sondern die nationalen Minderheiten.

Nachdem Präsident Schrenkenthal nach der Abstimmung den Antrag Cohn für abgelehnt erklärt hatte, bezweifelt Abg. Gerner (U. Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Schrenkenthal: Die Bezeichnung „der Beschlußfähigkeit ist nur vor einer Abstimmung möglich. Ich hätte zugestimmt, daß wir heute noch mindestens Artikel 118 erledigen würden. Wenn aber, wie bisher, gesagt wird, was schon hunderte und tausendmal gesagt wurde, so ist das nicht möglich. Dieses Recht läßt alle Rücksichtnahme auf die Kollegen und die Stimmung im Volle vernünftig, jede Rücksicht auf unsre großen Aufgaben. Ich möchte um Abstimmung dieser Rücksichtlosigkeit dringend bitten, ich bedaure, so deutlich sprechen zu müssen, aber diese Art zu debattieren, bringt uns nichts zu Ende, und wir wissen doch vor Arbeit nicht wohin.

Abg. Gerner (U. Soz.): Es liegt uns fern, die Beratung der Verfassung zu verschleppen, doch müssen wir in der Spezialberatung der zweiten Sitzung eingeschneide Besprechung verlangen. Der Präsident sollte sich der Abmachungen des Seniorenlouvents erinnern, von denen er aber abweichen zu wollen scheint. Wenn er heute sagt, er wolle die Beratung fortsetzen, so ist das nicht recht und entspricht nicht den Gesplogenheiten der Geschäftsführung. Wenn er glaubt, die Verfassung bis zu einer bestimmten Stelle fertig machen zu können, so wird er nur Unzufriedenheit im Parlament und in den Fraktionen erwecken.

Präsident Schrenkenthal: Nach Ansicht des Altestenrates sollte sich die Verfassung bis Freitag leicht erledigen lassen unter nötiger Rücksichtnahme auf die Geschäfte, und zwar in den Vormittagsstunden, während die Nachmittage den Steuerausschüssen vorbehalten bleiben sollen. Die nächste Woche ist die große politische Aussprache in Aussicht genommen, die nicht mehr hinausgeschoben werden kann, wenn es so weitergeht wie heute, wie ist es da möglich, die Abstimmung des Altestenrates irgendwie zu fordern? Es wird zuviel geredet, geradezu in ausschweifender Weise. Ich füge meine Pflicht vor dem Hause der Sache zuliebe und der öffentlichen Meinung, mich trifft keine Verantwortung, aber meine Pflicht habe ich zu tun.

Artikel 118 (Beschränkung der persönlichen Freiheit r. auf Grund von Gesetzen) beantragen die Unabhängigen die Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen die Prostitution.

Abg. Frau Neuhaus (Zentr.) spricht gegen den Antrag, da die Prostitutionsfrage überhaupt nicht in die Verfassung gehört.

Regierungskommissar Dr. Preuß erklärt diese Frage für einen Gegenstand der Spezialgesetzesgebung und empfiehlt gleichfalls die Ablehnung des Antrags, ebenso Abg. Dr. Hartmann (Deutschnat.) als zentralen Gründer.

Abg. Frau Bieg (U. Soz.): Wir haben den Antrag aus Mitteln mit den Prostituierten gestellt, die zum Freiwillig für politische Sittenanlagen gemacht werden. Die Ausnahmeverordnungen bedienen aber auch eine Gefahr für jede Frau; doch handelt es sich infolge dieser Bestimmungen schon grundlos der Polizei zugeschrieben. Unter andauernden Unruhen des Hauses spricht die Rednerin über Einzelheiten der Prostitution.

Präsident Schrenkenthal weist die Rednerin darauf hin, daß zu einer so ausführlichen Behandlung dieser einen Frage die Beratung des Verfassungsentwurfs ungeeignet sei.

Abg. Frau Bieg (U. Soz.): Ich unter anderem den Antrag, daß die Prostitutionsfrage erst nach Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gelöst werden würde.

Die Abg. Frau Lüke (Soz.) und Frau Bloch (Soz.) ersuchen um eine Erklärung der Regierung, daß die Sache geregelt werden soll. Dann können man sich zuschreiben geben.

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Up.): Frau Bieg hat offenbar keine Ahnung von dem, was vor sich geht; alle beteiligten Kreise, auch der Wissenschaft, haben sich mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, so daß die Bemerkungen der Frau Bieg über den Gang der Ergebnisse törichtlich Werken.

Abg. Frau Bieg (U. Soz.): Ein großer Teil meiner Tätigkeit war gerade, mich um diese Dinge zu kümmern, aber die Regelung war mir entgegen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es ist beschämend, wie sich Dr. Kahl in dieser wildelosen Weise äußern konnte.

Präsident Schrenkenthal weiß diese Auseinandersetzung an. (Vorfall.) Die ganze Angelegenheit gehörte, wie er wiederholte, nicht in die Verfassung.

Artikel 118 wird unter Ablehnung des Antrags der Unabhängigen angenommen.

Präsident Schrenkenthal: Wir kommen jetzt zur Frage der Todesstrafe und müssen da wohl abbrechen. (Zustimmung.)

Nächste Sitzung Mittwoch 9½ Uhr (Fortschreibung der Verfassungsberatung).

Weltmar, den 16. Juli 1919.

Eigene Drahtmeldung.

Sitzung vom 16. Juli.

II: Fortschreibung der Verfassung über die Grundrechte beginnt heute mit einer Aussprache über die Todesstrafe. Der Abg. Dr. Sinzheimer von den Rechtssozialisten begründet den Antrag, einen Artikel 119a anzufügen: Die Todesstrafe ist abgeschafft. Er weiß darauf hin, daß diese Abschaffung nicht nur eine Förderung der Humanität ist, sondern daß sie gerechtfertigt wird durch die Misserfolge dieses Schriftmittels.

Minister Preuß gibt zu, daß Sinzheimer seinen Antrag sachlich und juristisch verstand und begründet habe. Wenn er denkt, denkt er richtig, den Antrag abzulehnen, so nur deshalb, weil die Materie nicht in die Verfassung, sondern in einer allgemeinen Strafreform behandelt werden müsse.

Der deutsch-nationalen Abg. Dr. Trüger hält darauf eine willkürliche Rede über die Bevölkerung der Todesstrafe. Mit Sentimentalität kann man diese Frage nicht lösen. Er wird von hohen Juristen unterbrochen.

Der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Professor Kahl stimmt dem Minister zu, die Lösung dieser Frage gehöre in eine Strafreform. Wenn gesagt werde, daß niemand das Recht habe, einem andern das Leben zu nehmen, so treffe das auf den einzelnen ab, aber nicht auf den Staat.

Genosse Cohn begründet in ausgedehnten Aussprüchen die Notwendigkeit der Abschaffung der Todesstrafe. Eine andre Verabschaffung des Lebens, als sie während des Krieges ausgeübt werden soll, müsse Platz machen. Die Erfahrungen der letzten Monate, die eine ungemeine Zunahme der Kapitalverbrechen zeigten, hätten bewiesen, daß der abschreckende Wert der Todesstrafe nichtig sei. Man müsse sich abwenden von der Gewalt, wenn man diese Kultusfrage ersten Ranges löse. Der Schutz des Menschenlebens müsse zum obersten Grundsatz werden.

Der Demokrat Daumann erklärt: Meine Freunde sind überzeugt gekommen, alle neu einlaufenden Anträge zur Verfassung abzulehnen, um das Schiff der Verfassung nicht mehr zu belasten. Demgemäß werden wir auch diesen Antrag ablehnen. Ich selbst bin ein entschiedener Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe. Diese muß bei der Reform des Strafgesetzbuchs eintreten. Denjenigen nebe ich nicht das Recht, Vorläufer für die Abschaffung der Todesstrafe zu sein, die ständig an die Gewalt appellieren und die Handgranate als das Gesamtkmittel ansiehen, einen Staat zu bearbeiten.

Der deutsch-nationalen Abgeordnete Professor Löblich vertritt die Todesstrafe unter stilistischem Widerstreit der Unteren.

Der Abg. Dr. Trüger benutzt eine persönliche Bemerkung zu oben Widersetzen.

Die namentliche Abstimmung ergibt für den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe 128 Stimmen, gegen die Abschaffung der Todesstrafe 154 Stimmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung! Steinseher und Berufsschwestern!

Wegen Nichtausübung der tariflichen Abmachungen ist für organisierte Steinseher und Berufsschwestern der Betrieb des Unternehmens W. & S. & C. Bühl-Erbauwerk gesperrt.

Verband der Steinseher, Bühl-Erlangen.

Wiederlei Mah.

Unsere Ortsverwaltung Wahren des Deutschen Eisenbahnerverbandes wandte sich an die Eisenbahndirektion Halle mit der Bitte, für die Organisationen Bekanntmachung zu setzen an verschiedenen Stellen des Bahnhofs Wahren anbringen zu dürfen. Bei der Eigentumsliste fehlt des Eisenbahndienstes es ist die Tafeln ein dringendes Bedürfnis, damit die Mitbürger des Verbandes auf schnellstem Wege von den Bekanntmachungen u. w. in Kenntniß gesetzt werden können.

Die Antwort lautete, die Direktion habe einen Anbringungsrang für Tafeln icht einzurichten, jedoch seien alle Bekanntmachungen, Mitteilungen und der leichten erst dem Betrieb amtar zur Verfügung gestellt. Sie mögen gern vorgelegen. Erst

Sonntag, den 27. Juli, im Lunapark Leipzig-Wahren
Zweiundzwanzigstes

Gewerbeschäfts-Fest

Mitwirkende: Arbeiter-Sänger, Arbeiter-Radsahrer, Freie Turner, Arbeiter-Schwimmer, Arbeiter-Athleten

Altnürnberger Handwerker-Fest

Mitwirkende: 250 Mädchen, Frauen und Männer, Festzug, Volkslände, Schönbarllauf

Hans Sachs-Spiele

Kinderbesuchungen aller Art, Marionetten-Theater, 4 Kasperletheater,
Kinderspiele für alle Altersklassen unter Leitung geschulter Kräfte

Festball in zwei Sälen / Großes Brillant-Feuerwerk

Gewerkschaftsgenossen! Sorgt für vollzähligen Besuch Eures Festes! Gedenkkarten sind rechtzeitig bei allen Vertrauensleuten und bei den Gewerkschaften zu entnehmen. Kinder unter 14 Jahren haben freien Eintritt.
Der Kartellausschuss.

**Ortsverein
Böhlitz - Ehrenberg.**

Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung
in der Grünen Aue.**

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige politische Lage.
Referent: Genosse Kurt Richter.

2. Freie Aussprache.

Jährliche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**
Die Bibliothek ist von jetzt an Mittwochs, nachmittags von 6 bis 7 Uhr geöffnet. Wir bitten die Mitglieder, dies zu beachten.

Großdöben.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 7,9 Uhr:

**Öffentl. Frauen-Versammlung
im Weissen Ross.**

Die Frau und der Sozialismus.
Rednerin: Frau A. Kühn, L.-Lindenau.

Frauen und Mädchen! Escheint alle in der Versammlung.
Der Vorstand des Ortsvereins.

**Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen
von L.-Lindenau, L.-Plagwitz, L.-Klein-
und Großschocher.**
Morgen Donnerstag, 17. Juli 1919, abends 7,8 Uhr

öffentl. Versammlung

im Restaurant Stadt Lüthen, Lüthner Straße.

Zahlreichem Besuch steht entgegen
Einheitsverband d. Kriegsbeschädigten Deutschlands

Ortsgruppe Leipzig.
Paul Seifert, Bezirksvertreter für L.-Lindenau,
Gundorfer Straße 47, pl.

Freie sozialistische Jugendvereine L.-Ost.
Am Montag, den 21. Juli, abends 7,8 Uhr, spricht
Dr. med. Popitz im **Auguste-Schmidt-Haus,**
Dresdner Straße 7, über

Sexuelle Aufklärung.

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sind herzlich willkommen. Zur Deckung der Kosten 20 Pf. Eintrittsgeb.

Berein für Mutterschutz.

befindet sich jetzt bis auf weiteres: Burgstr. 33, Zwischen-
geschoß gegenüber: Ratskeller). Sprechstunden täglich,
außer Sonnabends, von 8-11 Uhr. Telefon: 367.

Unabh. Soziald. Partei Bezirk Westen.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im Deutschen Haus, Lindenau.

Tagesordnung: Die Zukunft der Revolution.

Referent: Gen. Akenen-Halle, Mitgli. der Nationalversammlung.

Parteigenossinnen und Genossen des gesamten Westbezirks, insbesondere Arbeiter- und Betriebsräte, erscheint zahlreich. Der Bezirksvertreter Leipzig-West: Voigt.

Arbeitslose!

Donnerstag, den 17. Juli, vormittags 9 Uhr

3 große Versammlungen

im Volkshaus, Sanssouci und Zoologischen Garten.

Tagesordnung: 1. Die Verwendung der Arbeitslosen zum Aufbau in Belgien und Frankreich. 2. Verschiedenes.

Versammlungsstättchen stempeln im Versammlungstafel.

Erscheint in Massen! Erwerbstlosen-Ausschuss Leipzig.

Arbeiter- und Angestellten- Ausschüsse, Arbeiterräte.

Freitag, den 18. Juli 1919, abends 6 Uhr

— Versammlung —

im Zentraltheater, Gottschedstraße.

Tagesordnung:

Das Rätesystem.

Referent: Genosse Brass, Remscheid.

Das Erscheinen aller ist in dieser wichtigen Versammlung Pflicht.

Der Große Arbeiterrat Leipzig. J. A. Kunze.

Deutscher Musiker-Verband

Freitag, den 20. Juli, vormittags 9 Uhr

versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung:

Wortrede der Versammlung vom 6. Juli 1919.



Sozialdemokr. Verein der L.S.D. =: Groß-Leipzig :=

Barren: Tannenstr. 10/11, I. (Vollmittagsschule) Tel. 18025.
Geschäftsstelle: Montag bis Freitag von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr.
Sonntags von 9 bis 2 Uhr. — Postleitzettel Leipzig Nr. 62410.

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote Fahne" — Zeitung: "Die Rote Fahne"

Zeitung: "Die Rote

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Juli.

Parlangelegenheiten.

An die Parteigenossen der U. S. P. Sachsen.

Zur Klärung der politischen Situation berufen wir im Einverständnis mit der am 11. Juli abgehaltenen Landeskonferenz eine

Außerordentliche Landesversammlung

für Sonntag, den 10., und Montag, den 11. August, vormittags 10 Uhr, nach Leipzig, Gesellschaftssaal des Volkshauses.

Tagesordnung:

1. Bericht des Landesvorstandes.
2. Bericht der Volkskammerfraktion.
3. Die politische Lage im Reich und in Sachsen:
 - a) Die Regierungsbildung.
 - b) Das Rätesystem.
4. Bestimmung der Bezirksleitung, die die Geschäfte des Landesvorstandes für das laufende Geschäftsjahr übernimmt.

Bei der Wichtigkeit des Beratungstisches und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts der U. S. P. Sachsen nur die gewählten Vertreter der Kreisvereine Stimmrecht haben, ersuchen wir die Kreisorganisationen, unverzüglich die geordneten Wahlen der Kreisvertreter durchzuführen und das Ergebnis dem Landesvorstand der U. S. P., Leipzig, Tauchaer Straße 19-21, anzuzeigen. Von dort aus wird auch Unterkunft angewiesen.

Anträge zur Landesversammlung sind spätestens am 4. August beim Landesvorstand an obige Adresse einzusenden.

Leipzig, den 15. Juli 1919.

Der Landesvorstand der U. S. P. Sachsen.
Rich. Bipinski, Vorsitzender.

Die Geschäftszelt des Arbeiterrats.

Der Arbeiterrat hat sein Bureau in der Hartortstraße 3, III. wieder eröffnet. Geschäftszelt von 1/8 bis 8 Uhr durchgehend. Telefon 18 488 und 18 274. Der Hauptausschuß.

Das Rätesystem.

Freitag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, wird im Saale des Zentraltheaters "Genosse Broß-Bemisch" in einer Versammlung der Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte einen Vortrag über das Rätesystem halten. Zu der Versammlung sind auch die Parteifunktionäre eingeladen. Zum Eintritt berechtigen die früher für Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ausgestellten Ausweise.

Revolutionssammlung.

Die Parteigenossen ersuchen wir erneut, alle ausstehenden Sammellisten unverzüglich im Sekretariat, Tauchaer Straße 10-21, abzuliefern, da dieselben unbedingt abgetragen werden müssen.

Bezirksparteisekretariat.

Vorstandssitzung von Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Sitzung im Volkshaus statt, zu der das Erscheinen aller Vorstände möglichst dringend notwendig ist.

Sitzung, Mollomite!

Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, Schlusssitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 9. Die Sitzung beginnt Punkt 5 Uhr.

Die Fortsetzung der Parteiversammlung vom Dienstag findet Montag, den 21. Juli, im Zoologischen Garten statt.

Connexx, Donnerstag, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Bibliothek, Döllner Straße Nr. 18.

Der Arbeiterrat ist tot.

Der Hauptausschuß des Arbeiterrats macht zwar heute bekannt, daß er sein Bureau in der Hartortstraße Nr. 3, III wieder eröffnet hat, aber trotzdem verkündet die sogenannte "Freie" Presse: Der Arbeiterrat ist totgeboren. Die "Freie" Presse schreibt am 15. Juli:

Die U. S. P.-Fraktion des Arbeiterrats nahm in einer Sitzung Stellung zu den Vorgängen in der letzten Arbeiterratssitzung. Nach eingehender Auskfrage und Prüfung der ganzen Sachlage war man einmütig der Auffassung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine weitere Beteiligung an den Sitzen als ausgeschlossen gelten muß. Einstimmig wurde folgender Erklärung zugestimmt:

Die sozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrats erklärt, daß sie so lange ihre Mitarbeit einstellt, bis die Fraktion der U. S. P. für die Organisation des Arbeiterrats die Beteiligung aller Parteien im Verhältnis ihrer Stärke anerkennt.

Die brutale Art, in der die U. S. P. die Minderheit im Arbeiterrat vergewaltigte und ihr Mittelbildungsbereich im Präsidium und Hauptausschuß verwelkte, ließ auf eine ersprießliche Arbeit nicht hoffen. Freilich war man so "loyal", eine Beteiligung zuzugeben, sofern sich die Parteien verpflichteten, das Programm der U. S. P. anzunehmen. Für die Ausübung eines selbstverständlichen Rechts forderten die freiheitlichen Unabhängigen die Aufgabe der Überzeugung.

Von einem nicht geringen Teil der U. S. P. an der Spitze durch den Gedankengang, der von sich selbst sagt, daß er in einem gewissen Augenblick das "Hasenpanier" ergreifen, kann man möglichst nichts andres erwarten.

Wie lämmisch unterscheiden sich diese Leute von den vernünftigeren Elementen innerhalb der U. S. P. Heinrich Ströbel und andre weisen darauf hin, daß Mut zur politischen Aufrichtigkeit notwendig ist, wenn die Arbeiterräte ihre Mission erfüllen und den Sozialismus durchführen soll. Was scheitert das aber die Worte in Leipzig. Hierfür handelt es sich um die Befriedigung ihres Machtdankels, mag dabei alles andre ruhig in Trümmer gehen.

In einem mit Wl. gezeichneten Artikel derselben Nummer wird noch ganz anders gegen die Unabhängige Sozialdemokratie losgezogen. Der Schluß dieses Artikels lautet:

Aber der Niedergeschlagenheit der Leipziger Erzbauernagogen, von denen sich im Arbeiterrat die dritte Garnitur breitmachte, muß und kann noch auf andre Art begegnen werden. In der Leipziger Stadt verordneten Versammlung bildet bekanntlich unsre Partei das Blinglein an der Wage. Sie wird die Politik der Wiederummachung für die gemüne Unterdrückungspolitik im Arbeiterrat und im Gewerkschaftsamt aufnehmen müssen! Nicht gründlich, sondern nur aus Gründen der Zweckmäßigkeits die von den Unabhängigen ja in Hülle und Fülle ge-

geben sind. Mit unsrer Erfahrungslage kommen wir bei diesen Gegegnern von abgrundtiefer Skrupellosigkeit sonst nicht weiter! Wenn dann die Herrschenden in moralischer Entrüstung machen wollen, müssen ihnen die bereits nur mit der Rechenmaschine noch zu fügenden Heldentaten des Zusammenhangs der Unabhängigen mit den reaktionären Parteien der Nationalversammlung wie des früheren Reichstags bei Abstimmungen zu Gemüte geführt werden, die auch aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen. Diese Revanche für Sadowa sollte uns der totgeborene Arbeiterrat mit seiner Schenklichkeit von Unterdrückungsmanie schon noch wert sein!

Die Anwendung aus diesen Schimpfereien der "Freien" Presse zieht das Tageblatt mit folgenden Sätzen:

Diese Stellungnahme muß natürlich noch weitere Folgen haben, leider kurz oder lang muß der Arbeiterrat doch Mittel auffordern, mit denen er seine Geschäftsführung bestreitet. Da die Mehrheitssozialisten die von ihm ganz einheitlich betriebene Politik nicht als gerecht anerkennen, müssen sie notwendigerweise auch zu einer Ablehnung der dafür angeforderten Mittel kommen. Damit wäre der Arbeiterrat dann in seiner praktischen Arbeit erledigt, denn daß die Bürgerlichen sich auf den gleichen Standpunkt stellen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Bürgerliche und Rechtsozialisten vereinigen sich also, um dem Arbeiterrat die Mittel zu verweigern, die er für die Ausübung seiner Funktionen braucht. Damit ist die Rätesfeindlichkeit des bürgerlich-spezialsozialistischen Mischmaschs mit aller Deutlichkeit enthüllt. Bei der gegenwärtigen Regierung wird die Verweigerung der Mittel das von den Rätesfeinden gewünschte Verständnis finden, und damit wäre der dritte Arbeiterrat in der Tat erledigt. Aber darum ist der Arbeiterrat nicht tot! Der Arbeiterrat wird leben als ureigentliches Kind der Revolution, weil die Revolution lebt! Der Arbeiterrat wird leben, wenn seine feindlichen Feinde längst in Vergessenheit geraten sind.

Keine Höchstpreise für Frühstück

Das Reichsernährungsamt teilt uns mit: Aus Blättermeldungen scheint hervorgezogen, daß in Einzelfällen drücklich oder beizweckte Höchstpreise für Frühstück von Behörden festgesetzt worden sind. Daraus scheint die Vermutung geknüpft worden zu sein, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst entgegen ihrem öffentlich vertretenen Standpunkt diese Maßnahmen gebilligt oder sogar angeordnet habe. Beides ist falsch. Die Reichsstelle hält, wie wir zuverlässig hören, daran fest, daß ein Auflauf zur Festlegung von Höchstpreisen für das in diesem Frühjahr infolge des Drängens verschiedener Kreise namentlich in den wichtigsten Verbraucherzentren dem freien Handel unehrenhaft überlassenen Frühstück (außer Heißbeeren in Teilen Bayreuth und Schlesien) nicht vorliegt. Sie hat sich mit dem Erlass behördlicher Höchstpreisfestsetzungen für Frühstück bis jetzt nicht einverstanden erklärt. Etwas erlaubte derartige Vorschriften sind daher recht ungünstig und unterliegen der Aufhebung. Anders verhält es sich mit der Festlegung von Höchstpreisen, die lediglich dazu bestimmt sind, für den Strafstricker einen Anhalt bei Beurteilung der Frage zu geben, ob Bucher vorliegt. Eine Weiterung des mit Billigung des Reichsernährungsministeriums von der Reichsstelle festgehaltenen Grundprinzipes könnte nur dann in Frage, wenn es wider Erwarten dem freien Handel trotz ernstlicher Verhinderungen seiner Organisationen nicht gelingen sollte, genügend Verhältnisse auf den süßsaurigen Frühstücksmärkten herzustellen.

Das Reichsernährungsamt, das vor den Profitgängen der Produzenten und Händler jammervoll kapitulierte hat und die Hauptschuld an dem Bucher mit Eier-, Fleischgerümpel und Frühstück trägt, sieht als seine Hoffnung auf den "freien Markt", der gesunde Verbrauch herbeizuführen. Soll die Bucher belämpfen. Seht sich das Reichsernährungsamt wirklich aus so großen Idioten zusammen? Wir wissen das nicht glauben. Es will nicht die Verbraucherinteressen wahren.

Die Beschaffung von Wäsche und Hausrat für junge Chaperone.

Mit banger Sorge blicken jetzt Verlobte in die Zukunft; wissen sie doch nicht, woher sie die Mittel nehmen sollen, um eine nur gauz beschädigte Wohnungseinrichtung sich zu beschaffen; bald fehlt es an Wäsche, an Bettlen, an Möbeln usw. Deshalb sind die jungen Chaperone nicht in der Lage, sich einen eigenen Haushalt zu errichten. Und doch könnte, wenn die bestehenden Kreise unseres Volkes nur einen Funken sozialen Empfindens in sich trügen, mancher Not begegnen werden! Wieviel ungebrauchte Möbel, wieviel ungebrauchte Bettlen, wieviel ungebrauchte Wäsche findet man in den Haushaltungen der wohlhabenden Stände! Die Regierung kennt die Not des Volkes, speziell die Not der jungen Leute beiderlei Geschlechts, die gern den Gebenkbund schließen möchten, aber durch die enorm hohen Preise verhindert werden, einen eigenen Haushalt zu gründen. Wieviel Möbel stehen z. B. in den unbewohnten Schlössern, Sommervillen etc. herum, welche den Zwecken der jungen Chaperone könnten zu gelingen werben! Die Regierung, wenn es wirklich mit ihrer sozialen Erfahrung Ernst wäre, hätte längst sollen eine allgemeine Bestandsaufnahme der Möbel, Bettlen, Kleider, Wäsche usw. vornehmen und die überflüssigen Besitzte mit Beschlag belegen. Tausende von jungen Chaperonen könnten dann zu zivilen Preisen eine eigene Ausstattung sich erwerben. Doch wenn die Regierung sich anschickt, der Schlägerei der Schafskuh der wohlhabenden Schichten den Kopf zu zertragen, und zwar durch Enteignung des entbehrlichen Hausrats, müßte sie ja befürchten, die Freundschaft der kapitalistischen Kreise zu verlieren, und davor wird sich die jetzige Regierung sehr hüten! Ihr Motto ist: "Es wird fortgewurstet!"

Der für heute angesetzte Streit. Die Politisch-Parlamentarische Korrespondenz meldet:

In Leipzig scheint es zu dem Streit, der für heute angesetzt war, nicht gekommen zu sein.

Die Meldung steht offenbar im Zusammenhang mit dem Spitzelbericht des Zeitschriftenregiments, den wir gestern abgedruckt haben. In diesem Bericht ist gesagt, daß am 15. Juli bestimmt mit einem großen Streit in Leipzig gerechnet wird. Die Sache könnte heller stimmen, wenn sie nicht so ernst wäre.

Minister Schwarz gegen die sächsischen Großstädte. Man schreibt uns vom Ernährungsamt: Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat in der Sitzung vom 9. Juli der Volkskammer schwere Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung der sächsischen Großstädte erhoben, die zwar sofort von den Abgeordneten Dr. Böhmer-Dresden, Jäger-Schemm und Lange-Leipzig zurückgewiesen wurden, die aber, weil sie in aller Offenheit fielen, auch öffentlich beantwortet werden müssen. So wurden die Höchstpreise für Kirchen für Sachsen auf 75 Pf. pro Pfund festgesetzt und z. B. Leipzig 375. Jentz zur Verfügung gestellt. Was war das aber unter so viele! Der übrige Einkauf stieß sofort, da der Preis von 75 Pf. nicht im Einklang mit den Erzeugerpreisen stand. Wenn überhaupt Kirchen in die Großstädte kommen sollten, so mußte ein anderer Höchstpreis bewilligt werden. Dieser lag ungefähr bei 1.40 M. Trotzdem machte der Einkauf Schwierigkeiten, denn man schaffte die Kirchen lieber heimlich nach den Großstädten, wo sie für 2 bis 3 M.

gehandelt wurden. Erst jetzt kommen genügend herein. Für 75 Pf. wäre nicht viel über die von der Regierung gesetzte Menge hereingekommen. Die Einkäufer kamen nicht auf ihr Geld. Die Pächter in den Versorgungsgebieten aber hatten bei der Pachtung Wucherpreise geboten. Das Leipziger Ernährungsamt beantragte ganz energisch die Aufhebung dieser Verträge. Da dieser Antrag aber nicht durchgesetzt werden konnte, so stand namentlich Leipzig vor der Frage: entweder gar keine Kirchen bei 75 Pf., oder genügend Kirchen für vorläufig 1.40 M. Schließlich "kannte man erst über Waren verfügen, die man tatsächlich in der Hand hat" — also: erst Ware, dann Preis, so sagte der Herr Minister Schwarz selbst.

Über die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die von Mitte Juli bis Mitte August in Leipzig stattfindet, wird uns aus ärztlichen Kreisen geschrieben: Die Ausstellung, deren Zweck und Ziele bereits vor einigen Wochen in einzelnen größeren Tageszeitungen in Form einer kurzen Übersicht geschildert worden waren, will, worauf hier noch einmal hingewiesen werden, soviel groÙe Aufgaben erfüllen: Sie will dem grenzenlosen Leidseinsatz unserer Zeit in seguellen Dingen und der laxen Auffassung von der Moral einen Niederschlag verschaffen, indem sie den Besuchern ungeschminkt und unverhüllt zeigt, welche entsetzlichen Folgen gesundheitliche Erkrankungen haben und welche furchtbaren Verstümmelungen im Organismus durch sie angerichtet werden können. Sie will auf der anderen Seite darauf hinweisen, was die medizinische Wissenschaft und Kunst vermögen, und daß durch geeignete Maßnahmen bestehende Geschlechtskrankheiten geheilt werden können. Sie will drittens — und das ist ihre vornehmste Aufgabe — mit allen Mitteln den Nachweis führen, daß es in den meisten Fällen möglich ist, bei rechtzeitiger Erkrankungnahme des Arztes bis zum Ausbruch der Krankheit überhaupt zu verhüten. Und nach Ausflüchtig in seguellen Dingen schreit, nicht weiter. Nur Offenheit, Klarheit und unverhüllte Wahrheit kann das Volk vor dem moralischen Untergang retten.

ha. Gegen den Schleichhandel mit Kartoffeln. Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat einen berartigen Umsatz angenommen, daß die Belieferung des ordnungsmäßigen Bedarfs ernstlich bedroht ist. Besonders in der Nähe der Großstädte werden täglich mehrere tausend Zentner Kartoffeln der Verteilung entzogen. Die beteiligten Behörden sind deshalb nachdrücklich angewiesen worden, z. B. gegen die Erzeuger vorgehen, die Kartoffeln in den Schleichhandel verlaufen. Sie begnügen sich nicht mit einer Verhängnahme. Es soll von den Strafbestimmungen Gebrauch gemacht werden, die Gefangen bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10.000 M. oder mit einer dieser beiden Strafen drohen. Die Geldstrafe muß bei vorläufigem Verlust von Vorräten mindestens dem zwanzigfachen Wert der Vorräte gleichkommen.

Auszahlung von Belegschaften der Kriegsgefangenen. Durch die Waffenstillstandscommission ist die Vereinbarung getroffen worden, daß die Belegschaften der Kriegsgefangenen von der gegnerischen Regierung ausgezahlt und von der deutschen Regierung im Abrechnungswege erstattet werden. Ein ähnliches Verfahren ist jetzt auch von der englischen Regierung und den Amerikanern vorgenommen. Die Belegschaften eingeschlagen werden. Die Entlastungen, die die Gefangenen über ihre Guthaben erhalten, werden von der deutschen Regierung eingestellt, so daß man von Unregelmäßigkeiten nur in den Fällen sprechen kann, wo die Gefangenen in die Heimat entlassen werden, ohne irgendeine Belehrung über ihre Guthaben zu erhalten.

Wer hat Angehörige in österreichischen Gefangenlagern? Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zwangsgefangenen, Ortsgruppe Leipzig, Hartortstraße 1, schreibt uns: Uns sind namentliche Listen der im Februar dieses Jahres in Radomirsk und Kursk und Umgegend befindlichen deutschen Gefangenen zur Verfügung gestellt worden. Da es sich um ziemlich umfangreiche Listen handelt, deren Drucklegung bedeutende Kosten verursachen würde, so glauben wir von einer Veröffentlichung absiehen zu müssen. Der Umstand, daß viele Angehörige von Zwangsgefangenen seit Jahr und Tag ohne Nachricht sind und daß es für sie schon eine Beruhigung wäre, den Namen des betreffenden Gefangenen in der Liste verzeichnet zu finden, veranlaßt uns jedoch, die nicht unerschienliche Arbeitsleistung zu übernehmen und zu tun, was wir können. Der Name und das leichte Truppenteil des Gefangenen an die Nachfrage zu erwidern. Wir bitten, Anfragen mit deutlicher Angabe des Namens und des leichten Truppenteils des Gefangenen an die Nachfrage zu richten unter Bezeichnung von Altpoort. Im Interesse einer schnellen Erledigung bitten wir, diese Anfragen gefördert von andern Mittelungen zu behandeln. Im Abschluß der erwartenden großen Anzahl von Anfragen werden wir uns auf eine ganz kurze Auskunftsverteilung beschränken müssen und zwar, ob der betreffende Name in der Liste enthalten ist oder nicht. Teils sind bei den einzelnen Namen noch kurze Mitteilungen wie "Bin gesund, viele Grüße" angeführt, die wir selbstverständlich weitergeben werden. Die einlaufenden Anfragen können nur bei einer Berücksichtigung der Antwort raschst zu über. Die namentlichen Listen der Gefangenen in Radomir, Perwoja, Berschka und Umgegend von Radomir sowie in dem Lager Altschin sind nach wie vor direkt von der Bundesleitung zu beziehen.

Zur Lieferung neuer Seile wird noch amtlich mitgeteilt: Es handelt sich um pilzartige Seile mit 80 Prozent Reitholz in 100-Grammstück, ferner um reine Kernseile mit 60/62 Prozent Reitholz (= 72 Prozent französischer Bezeichnung) in 100- bzw. 200-Grammstück, und schließlich um reine Rautenseile mit 80 Prozent Reitholz in 50-Grammstück. Das 100-Grammstück Rautenseile wird 1.20 M., das 100-Grammstück Kernseile wird 80 Pf., das 200-Grammstück Kernseile wird 1.60 M., das 50-Grammstück Rautenseile wird 50 Pfennig kosten. Die Seile kann zunächst nur gegen den Seileinsatzabschnitt der Seile abgegeben werden, damit sie auch wirklich in den Betrieb der berechtigten Verbraucher gelangt und nicht im Schleichhandel verschwindet. R.A. Seile, die bisher gegen Seileinsatzabschnitte abgegeben waren, ist nun möglichst einzukaufen. Auf einer Seileinsatzabschlußkarte können wahlweise 50 Gramm Kernseile oder 50 Gramm Rautenseile bezogen werden.

Sobald die neuen Seileinsatzabschlußkarten ausgegeben sind, müssen die Ober-Beileinsatzabschlußkarten zum Kleinhandel gebracht werden, der dafür einen Gutschein ausstellt. Die Ware kommt im September herein und wird gegen den Gutschein geliefert. Im Oktober kann die Seile sofort gegen die Novembermarke beim Kleinhandel bezogen werden und dementsprechend in den folgenden Monaten. Die erste Belieferung im August gegen Abgabe der Oktoberabschlußkarte darf nicht verzögert werden.

Bildungsschulfürsorge in Leipzig. Am 12. Juli erreichte, wie geschrieben wird, der 18. vom Deutschen Verein für Fach- und Bildungsschulfürsorge veranstaltete sechstägige Leipziger Bildungsschulfürsorge, der sehr zahlreich besucht war, sein Ende. Es war die erste beratliche Veranstaltung, die sich ganz den Bedürfnissen der Mädchenbildungsstätte anpaßte. Durch wissenschaftliche und methodische Vorträge, praktische Übungen, Diskussionsabende und Besichtigungen wurden aus allen Teilen Deutschlands stammende Dame und Herren mit dem neuen Schulgebiet vertraut gemacht.

Ganz wertvoll war es für die Teilnehmer, daß sie auch Einblick in die hierfür in Frage kommenden Schulen unserer Stadt nehmen durften. Besonders eingehend lernten sie Klassen, Einrichtungen, Lehrpläne, Lehrmittel und Unterrichtsbetrieb der Leipziger Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen kennen, einer Anstalt, die in immer weiteren Kreisen als mutigstes anerkannt wird.

Das Raubgefährliche Sachen. Am Montag besanden sich junge Leute in der Karl-Helene-Straße. Sie lachten über eine Kommode mit drei Beinen, die auf einem Handwagen stand. Das gab einigen Naschfinglern Gelegenheit, mit dem Revolver in der Hand einzuschreiten, einen der Lachenden festzunehmen und nach der Buchhandlung zu schaffen. Die Kollegen folgten, worauf noch ein zweiter junger Mann verhaftet wurde. Nach einer halben Stunde muhten die beiden natürlich freigelassen werden. Das Rosse das Sachen verbietet, ist gar nicht verwunderlich. Hat er doch vor einiger Zeit das Erstellen des Witzblattes Die Pleite untersagt. Heilekeit ist ihm ein Ubel, das unterdrückt werden muß.

Die Große Leipziger Straßenbahn gibt im Angehören dieser Nummer bekannt, daß die umlaufenden 15-Fahrten-Knipskarten am 15. September ihre Gültigkeit verlieren, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Die Entlassungsdauzüge für die Kriegbeschädigten. Die Bezirkskommandos I und II werden, wie sie uns mittellen, in letzter Zeit von Kriegbeschädigten überlaufen, die ihren Entlassungsdauzüge abholen wollen. Um unruhige Sänge zu erparren, wird dringend empfohlen, die Aussöderung zur Empfangnahme der Ansätze in jedem Falle abzuwarten, da sonst die Bezirkskommandos nicht in der Lage sind, für eine schnelle Abwicklung des Geschäfts zu sorgen. Zämische eingereichten Gefüche Kriegbeschädigter um Entlassungsanträge gelten als genehmigt, wenn nicht ausdrücklich abschlägiger Gescheid erfolgt. Zum Fassen der Ansätze erfolgt jedoch besondere Aussöderung in jedem Falle.

Edelschloß. Donnerstag, den 17. Juli, von 9 bis 12 Uhr, Nr. 6000 bis 10000. Ausgabe von Knochenbruchtrakt, Fleischsülze, Brühwürfeln und Streichwurst.

Lebensmittkalender für Donnerstag, den 17. Juli.

für Haushaltungen.

Anmeldung Fleisch: Letzter Tag — abzugeben W 1—8, Kinder W 1—4.

Auslandsfleisch: Letzter Tag — abzugeben A 8 der Einfuhrzusatzkarten (100 Gramm, Kinder 50 Gramm).

Kartoffeln: abzugeben linie grüngebrückte Hälfte der Kartoffelmarkte A 8 (für 22. bis 28. Juli)

Ausgabe Gruppen: Letzter Tag — besteht mit 1 D und K der neuen Lebensmittelkarte Reihe J (250 Gramm), Fleischmarken V 1—5 (125 Gramm).

Cuppen: Letzter Tag — besteht mit 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe J (500 Gramm).

Auslandsfleisch für Schwerkrankenbeschädigte: Ausgabe, Gohlis, Weichstraße 1, 3—5 Uhr.

28. Kartenzusatzkarte: Nr. 401—600.

Zusatzkarten für Kräfte: Nr. 201—400

für Händler.

Leigwaren, Suppen und amerikanisches Mehl: Bezugsscheinentnahme der Kleinhändler und Obmänner, Schulstraße 1, und Vorlegung Schalt 188.

Die Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen zur Regierungsumbildung.

In einer sehr stark besuchten Versammlung, die gestern abend im Zoologischen Garten tagte, nahmen die Leipziger Parteigenossen Sitzung zur politischen Situation und zur Frage der Umbildung der Regierung in Sachsen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verließ Genosse Lipinski auf die gestern in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichte Spieldgesicht und die aufs neue drohende Besiegung Leipzigs durch preußische Kosakenruppen. Die dadurch geschaffene Situation sei äußerst ernst. Die Leipziger Arbeiterschaft wisse zwar, daß die von ihr anzuwendenden Kampfmittel auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet liegen. Sie haben seit einer Zeit abgesehen, die sie vor die Maschinengewehre bringen würden. Über es bestehen die Möglichkeit, daß von anderer Seite, z. B. von dem im gegenrevolutionären Sinne so lästigen Bürgermeister, das Signal zum Einmarsch der Truppen gegeben werden könnte. Dann gelte es für die Arbeiterschaft mehr als je, unter allen Umständen ruhig Blut zu bewahren. Um Auftrage der Parteileitung legte Lipinski der Versammlung die folgende Erklärung vor:

Erklärung.

Die Parteiversammlung der U. S. P. Groß-Leipzig nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem in der Leipziger Volkszeitung vom 15. Juli veröffentlichten angeblichen Vertrag des Feindschaftsvertrags.

Die Parteigenossen lehnen es ab, sich zu politischen Vortheilen verstellen zu lassen.

Die Parteiversammlung fordert alle Parteigenossen auf, jeden Versuch, der an sie zur Revolutionsspieler herantritt, mit Entschiedenheit abzuwehren und alles daranzusehen, in dieser Richtung tätige Spione zu entlarven.

Diese Erklärung wurde ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Dann referierte Genosse Lipinski über: Die politische Lage und die Regierungsumbildung in Sachsen. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Sähe des Erfurter Programms, nach denen die Partei die Umwandlung des bestehenden kapitalistischen Systems in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Eröberung der politischen Macht erstrebt. In dem von der Arbeiterschaft zu diesem Zwecke zu führenden Kampfe seien zwei Phasen zu unterscheiden: Erstens der Kampf zur Eröberung der politischen Macht, zweitens der Kampf um die Vergesellschaftung der Produktion. Allerdings handle es sich nicht um zwei streng geschiedene Abschnitte, welche flüssig voneinander übergehen. Der Redner legte dann dar, wie die Wahlen zur Nationalversammlung den Obergurtum wieder die politische Macht gebracht hätten. Unter der Rofung: Niederhaltung der Arbeiterschaft — Wiedereinführung des freien Handels! führe das Obergut den Kampf gegen die Sozialisierung, für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Der Referent zeigte, wie die Nationalversammlung nach diesem Grundsatz arbeite. Weiter legte er dar, daß ja in Sachsen, wo eine sozialistische Mehrheit im Parlament vorhanden sei, die Verhältnisse etwas günstiger liegen. Nur die U. S. P. sei nun die Frage, ob es jetzt möglich sei, im Reiche das Rätesystem durchzuführen. Eine Erfüllung dieses Systems in Sachsen allein sei eine Unmöglichkeit. Man müsse sich fragen, ob jetzt Bereits der Parlamentarismus durch das Rätesystem abgelöst werden könne, oder ob die Partei noch auf dem parlamentarischen Boden weiterarbeiten müsse. Weiter sei die Frage aufgeworfen: Sollen wir uns aktiv an der Gesetzgebung beteiligen oder sollen wir uns passiv verhalten? Diese Frage sei praktisch bereits durch die Beteiligung an den Wahlen gelöst. Es sei auch gelungen, in der Volkskammer die Gesetzgebung mit Erfolg zugunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Das Aktionsprogramm der U. S. P. widerspreche der parlamentarischen Betätigung nicht. Die parlamentarische Mitarbeit bedinge aber unter Umständen auch die Übernahme der Verantwortung durch Teilnahme an der Regierung. In der Sächsischen Volkskammer habe die Fraktion der U. S. P. erklärt, sie bewillige der Regierung keine Mittel. Da auch die Demokraten und die rechtsliegenden Parteien die Ministergeschäfte ablehnen wollten, würde für die Bewilligung der Ministergeschäfte keine Mehrheit vorhanden gewesen sein. Die Regierung hätte also

abtreten müssen. In dieser Situation hätten die Rechtssozialisten erklärt, daß sie bereit seien, die großen Parteien in die Regierung aufzunehmen. Unter diesen Umständen seien die Demokraten zur Bewilligung der Schäfer bereit gewesen, hätten aber die Niederhaltung der Arbeiterschaft und die Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft verlangt. Bei diesem schweren Gegensatz der Demokraten zum Sozialismus hätten nun die Rechtssozialisten Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit ihnen in der Regierung gehabt. Sie seien deshalb an die unabhängige Fraktion wegen der Teilnahme an der Regierung herangetreten. Unter den bereits vereinbarten Bedingungen habe sich die Fraktion zu Verhandlungen bereit erklärt. Obwohl die Rechtssozialisten die paritätische Zusammensetzung der Regierung ablehnen, habe die Fraktion unter Hinweis auf die seit den Wahlen stattgefundenen Verschiebung der Stärkeverhältnisse der Parteien daran festgehalten. Auch die Forderung über die Regelung der Funktionen der Arbeiterräte sei von den Rechtssozialisten als unbillig erklärt worden. Da es sich aber um die Festlegung bestimmter Richtlinien handele, habe die Fraktion daran festhalten müssen. Eine sofort einberufene Konferenz der Organisationsvertreter habe die Haltung der Fraktion gebilligt.

Lipinski erörterte dann weiter die Frage, wie sich die politische Lage in Sachsen nun weiter gestalten würde. Bleiben die Rechtssozialisten allein in der Regierung, könnten sie sich auf keine Mehrheit in der Kammer stützen und es könnte in Klöße zu einer Auflösung der Kammer kommen. Nach den bisher bei den Nachwahlen gemachten Erfahrungen würde dann wahrscheinlich die rechtssozialistische Fraktion schwächer, die unabhängige Fraktion stärker in die Volksstimmen einziehen. Aber die Unabhängigen würden auch dann gezwungen sein, mit den Rechtssozialisten zusammenzuarbeiten und mit ihnen die Regierung zu bilden. Es werde also an der ganzen Situation nichts geändert sein. Jetzt hätten die Rechtssozialisten erklärt, auf die Bedingungen der Unabhängigen nicht eingehen zu können. Da auch die Demokraten erklärt haben, bei der ungünstigen Lage im Reiche kein Interesse an der Teilnahme an der Regierung mehr zu haben, sei die Umbildung der Regierung nur vertagt. Die Parteilösung habe nun für den 10. August eine Landeskongress der U. S. P. nach Leipzig einberufen, um diese über die Frage entscheiden zu lassen. Zusammenfassend betonte der Redner zum Schlus, es handle sich sehr um die Entscheidung, ob wir die Arbeiterschaft in Sachsen ohne Aufgabe unserer Grundsätze zusammenfassen könnten, um auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen, oder ob die Selbstzersetzung der Arbeiterschaft zum Nutzen der Bourgeoisie fortgesetzt werden sollte. (Beifall.)

Der Redner unterbreitete der Versammlung die folgende Resolution:

Die am 15. Juli im Zoologischen Garten tagende Parteiversammlung der U. S. P. Groß-Leipzig erklärt sich mit der Haltung der Volkskammerfraktion zur Regierungsumbildung in Sachsen einverstanden.

In der Debatte führte zunächst Genosse Berthold aus, durch die Ausführungen Lipinskis sei die Ohnmacht des Parlamentarismus bewiesen. Durch eine Beteiligung an der Regierung werde die Partei mitverantwortlich für das Versagen des Parlamentarismus. Durch die gegenrevolutionäre Tätigkeit der Nationalversammlung und der Reichsregierung sei auch eine sozialistische Banderegierung zur Ohnmacht verurteilt. Es gebe sich jetzt, daß nur mit Anwendung der Diktatur praktische Politik getrieben werden könne. Die Frage sei nur, ob eine kapitalistische oder eine sozialistische Diktatur herrschen solle. Von einer Sozialisierung könne man in Sachsen bei den von Lipinski angestellten Versuchen nicht reden. Die Militärdiktatur stelle die kapitalistische Gesellschaft. Der von Lipinski erwähnte Indifferenzismus der Arbeiterschaft sei durch den Bankrott des Parlamentarismus hervorgerufen. Ausgabe der U. S. P. sei es, die Massen aufzulösen, das mit dem Parlamentarismus und der jüngsten Regierung die Verminderung des Sozialismus unmöglich sei. Man müsse klar erklären, daß das Rätesystem den Parlamentarismus ausschließe. Durch den empfohlenen aktiven Parlamentarismus wird die revolutionären Aktionen gehemmt. Die Taktik der U. S. P. als revolutionäre Partei müsse so eingesetzt sein, daß die Massen nicht den Kommunisten in die Arme treiben würden. Die reaktionäre Reichspolitik würde auch in Sachsen eine wirkliche sozialistische Politik unmöglich machen. Die Massen aber werden dies Verlagen der Unfähigkeit der sozialistischen Regierung zu schließen. Darum dürfe sich die U. S. P. nie und nimmer an einer solchen Regierung beteiligen. Aus dem bestehenden Dilemma könne nur die Diktatur des Proletariats herausführen. Diese müsse die U. S. P. vorbereiten.

Genosse Helmuth meint, nach der von der Partei bisher begolten Taktik brauche man sich über den Indifferenzismus der Massen nicht zu wundern. Die Massen der Arbeiter habe die Unfähigkeit des Parlamentarismus erkannt. Die Partei müsse ihr Augenmerk darauf richten, die gesamte Regierungsgewalt in die Hände zu bekommen. Wie wichtiger als die Frage der Beteiligung an der Regierung sei die Frage, wie sich die U. S. P. zur zweiten und dritten Internationale stellt. Ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten bedeute die Ausgabe der Revolution. Deshalb dürfe man sich auf ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten nicht einlassen. Man müsse den Arbeitern sagen, daß nicht der Parlamentarismus, sondern nur die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führe.

Genosse Hirscheyer wünscht, daß alle Parteimitglieder der Kirche den Nieden lehren, um dadurch gegen die von den Rechtssozialisten betriebene Kulturpolitik zu protestieren.

Genosse Friedrich Geyer führt aus, die Landeskongress sei sehr notwendig, um besonders zu den großen politischen Fragen im Reiche und in der Welt Stellung zu nehmen. Die Beteiligung an der Regierung in Dresden dürfe nicht der Hauptgegenstand der Beratung sein. Der Redner verzweifelt auf den Müktritt des Reichskabinetts Wissel, der unter dem Druck des Obergurts erfolgen müsse, obwohl Wissels Planwirtschaft das kapitalistische System stillen solle. Wissels Rücktrittserklärung stellt eine schwere Anklage gegen die Rechtssozialisten dar. Geyer erörtert dann das kürzere Zusammenarbeiten mit den Regierungssocialisten in der Regierung. Damals seien die Rechtssozialisten froh gewesen, daß ihnen die Parität in der Regierung angeboten worden sei. Heute sei die Situation ganz anders. Die U. S. P. sei viel stärker und trockener, wobei man jetzt die Parität verwirtern. Die früheren Erfahrungen lehren aber, daß mit den Rechtssozialisten die Sozialisierung nicht durchzuführen sei. Seinerzeit seien die Unabhängigen wegen der Gewaltpolitik der Unabhängigen und der Regierung ausgeschlossen. Diese Gewaltpolitik sei aber inzwischen immer schlimmer geworden. Der Belagerungszustand sei der Höhepunkt der Gewaltpolitik. Wenn die Rechtssozialisten mit uns über den Eintritt in die Regierung verhandeln wollen, hätten sie zuvor von dieser Gewaltpolitik absehen und den Belagerungszustand ausscheiden müssen. Es sei ein Zeichen unserer Schwäche, daß wir die Forderung um Aushebung erst stellen müssen. (Beifall.) Die Lage im Reiche sei so, daß man nicht auffallen werde, um den Sozialismus aufzuführen. Damit ist aber noch nicht die gesamte Regierung um Aushebung fertig. Die Regierung schließe zur Aushebung der Kammer zwangen. Das sei im Interesse der Aushebung zu tun. Darauf kommt es darauf an, den Rechtssozialisten unter sozialistischem Programm vorzuhalten, so daß sie dazu Stellung nehmen müssten. Dadurch sei ihnen die Waffe vom Gesicht gerissen werden; sie seien als Gegner der Arbeiterräte enttarzt. (Beifall.)

Genosse Ressel betont, daß die Verhältnisse in Sachsen nicht überall so günstig seien wie in Leipzig. Das Rätesystem bleibe eine Phrase, wenn wir nicht die Massen organisieren Arbeiter hinter uns hätten. Man solle den Einfluß der Rechtssozialisten im Lande nicht unterschätzen. Auch bleibe ein großer Teil der Arbeiter, der von den Rechtssozialisten absche, indifferent. Wolle man diese gewinnen, dürfe man den Rechtssozialisten nicht billiges Agitationmaterial gegen uns liefern. Das Anerbieten der Rechtssozialisten sei ein Zeichen ihrer Ohnmacht. Die gestellten Bedingungen Wunschen die Rechtssozialisten nicht anerlernen. Gestzustellen sei, daß auch nicht einer der Diskussionsredner gegen die gestellten Bedingungen etwas einzubringen gehabt habe. Darauf aber kommt es an. Es handele sich um eine notwendige taktische Maßnahme. Wer in Versammlungen im Lande tätig sei, wisse wie dringend notwendig die Aushebung noch sei. Davor wisse die Genossen Geyer, die ja auch im Parlament wieder kritisch noch praktisch tätig sei, allerdings nichts.

Der Redner legt dann noch an der Hand einiger Beispiele dar, daß

die Fraktion in der Volkskammer nützliche Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft geleistet habe. Wenn man auf das Reich warten wolle, müsse man in Sachsen jede Tätigkeit einstellen. Die Fraktion habe aber das Verboten, durch ihre Tätigkeit einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Sie glaube ihre Pflicht getan zu haben.

Genosse Böhmer teilt die Auffassung, daß mit dem Parlamentarismus die Arbeiterschaft ihre Ziele nicht verwirklichen kann. Er vermisst aber Vorschläge darüber, was bis zur Einführung des Rätesystems im Interesse der Arbeiter getan werden sollte. Die notwendige Ausklärung sei erst in entferntesten in den Massen vorhanden. Auch der Zustrom der Mitglieder zur U. S. P. sei nicht so stark wie man erwartete. An den Wahlen zum Gewerkschaftsdeputierten, bei denen es gegolten habe, gegen die Politik der Generalkommunisten zu votieren, hätten sich nicht 10 Prozent der Arbeiter beteiligt. Lehne die U. S. P. die Beteiligung an der Regierung ab, könne sich diese nicht halten. Die rechtssozialistische Fraktion habe sich deshalb fast einstimmig für das Zusammengehen mit der U. S. P. erklärt. Allerdings müßten die kompromittierteren Führer, besonders Graudauer und Hirnich, verschwinden. Es könnte auf diese Weise vorbereitende Arbeit für die Einigung des Proletariats geleistet werden. Nach erfolgten Neuwahlen würde sich die U. S. P. wahrscheinlich in einer ähnlichen Lage befinden, in der die Mehrheitssozialisten lebt seien. Es könnte im Parlament wohl wertvolle Arbeit geleistet werden. Durch die der Politik der Reichsregierung entgegengesetzten Beschlüsse könne man die Augen der Arbeiter auf die schädliche Rechtssozialistin hinlenken. Bei dem in Arbeiterkreisen vorhandenen Indifferenzismus könne man nicht mit der Einführung des Rätesystems in kürzer Zeit rechnen. Hier müßte erst noch ein großes Stück Ausklärungskampf geleistet werden. Deshalb müsse man versuchen, mit dem Parlamentarismus, solange er bestehe, möglichst viel für die Arbeiterschaft herauszuholen.

Genosse Böhmer erläutert die Auffassung, daß auch durch die rechtssozialistische Fraktion eine starke Strömung nach links gehe. Säte die unabhängige Fraktion jede Verhandlung von vornherein abgelehnt, würde bei der Masse im Lande der Eindruck erweckt werden, daß die U. S. P. habe die Sozialisierung in Sachsen verhindert und eine bürgerliche, arbeiterfeindliche Regierung schaffen helfen. Wenn die Fraktion ihre Forderungen — Aushebung des Belagerungszustandes, Entlassung der Verhafteten, Erlass einer Amnestie — durchsetzen, so bedeute das für die Arbeiterschaft doch eine wesentliche Erleichterung. Die jetzt gestellten Bedingungen seien noch schärfer als die im März gestellten. Damals habe aber niemand an den Bedingungen Anstoß genommen. Die Bedingungen seien gestellt auf Grund des Programms der U. S. P. Wenn sie Geyer nicht genügten, dann bedeute das, daß Geyer mit dem Programm nicht einverstanden sei. Ueber das Rätesystem bestehে durchaus noch nicht die notwendige Mehrheit in der Arbeiterschaft. Es müsse aber einmal mit einer Einführung der Aushebung gemacht werden. Von der kritischen Tätigkeit der Genossen Geyer im Parlament habe man bisher wenig gezeichnet. Nachdem der Parteitag den Grundsatzen aufgestellt habe, daß der Parlamentarismus benutzt werden müsse, müsse im Parlament auch praktisch im Interesse der Arbeiterschaft gearbeitet werden. Wo solle man hinkommen, wenn man z. B. im Leipziger Stadtvorstand einsetzen will? Die Fraktion würde sich dann lächerlich machen und jeden Kreidt bei den Mädeln verlieren. Die Stimmung in den Massen sei nicht so, daß man mit einer Einführung des Rätesystems in Klöße rechnen könne. Nach der Revolution sei das Rätesystem vorhanden gewesen, aber der Rätesystem habe das Rätesystem selbst abgewürgt. Die Entwicklung geht eben langsamer als man es möchte. Wer sich über das Rätesystem klar sei, könne nicht glauben, daß es in einigen Wochen durchgesetzt werden könne. Deshalb müsse die Partei sich des Parlamentarismus noch holden. Da die Entwicklung noch so weit gediehen sei, daß die Rechtssozialisten das Rätesystem anerkennen müssten, werde man auch mit ihnen zu keiner Vereinigung kommen. Das Programm verleihe unter der Diktatur die Herrschaft des Proletariats als des größten Teils der Bevölkerung. Demnach müsse auch der größte Teil der Bevölkerung zu uns stehen. Das sei aber noch nicht der Fall. Die wachsenden Schwierigkeiten würden die Regierung schließlich zur Aushebung der Kammer zwingen. Das sei im Interesse der Aushebung zu tun. Darauf kommt es an, den Rechtssozialisten unter sozialistischem Programm vorzuhalten, so daß sie dazu Stellung nehmen müssten. Dadurch sei ihnen die Waffe vom Gesicht gerissen werden; sie seien als Gegner der Arbeiterräte enttarzt. (Beifall.)

Genosse Ressel betont, daß die Verhältnisse in Sachsen nicht überall so günstig seien wie in Leipzig. Das Rätesystem bleibe eine Phrase, wenn wir nicht die Massen organisieren Arbeiter hinter uns hätten. Man solle den Einfluß der Rechtssozialisten im Lande nicht unterschätzen. Auch bleibe ein großer Teil der Arbeiter, der von den Rechtssozialisten absche, indifferent. Wolle man diese gewinnen, dürfe man den Rechtssozialisten nicht billiges Agitationmaterial gegen uns liefern. Das Anerbieten der Rechtssozialisten sei ein Zeichen ihrer Ohnmacht. Die gestellten Bedingungen Wunschen die Rechtssozialisten nicht anerlernen. Gestzustellen sei, daß auch nicht einer der Diskussionsredner gegen die gestellten Bedingungen etwas einzubringen gehabt habe. Darauf aber kommt es an. Es handele sich um eine notwendige taktische Maßnahme. Wer in Versammlungen im Lande tätig sei, wisse wie dringend notwendig die Aushebung noch sei. Davor wisse die Genossen Geyer, die ja auch im Parlament wieder kritisch noch praktisch tätig sei, allerdings nichts.

Der Redner legt dann noch an der Hand einiger Beispiele dar, daß die Fraktion in der Volkskammer nützliche Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft geleistet habe. Wenn man auf das Reich warten wolle, müsse man in Sachsen jede Tätigkeit einstellen. Die Fraktion habe aber das Verboten, durch ihre Tätigkeit einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Sie glaube ihre Pflicht getan zu haben.

Genosse Ressel betont, daß die Verhältnisse in Sachsen nicht überall so günstig seien wie in Leipzig. Das Rätesystem bleibe eine Phrase, wenn wir nicht die Massen organisieren Arbeiter hinter uns hätten. Man solle den Einfluß der Rechtssozialisten im Lande nicht unterschätzen. Auch bleibe ein großer Teil der Arbeiter, der von den Rechtssozialisten absche, indifferent. Wolle man diese gewinnen, dürfe man den Rechtssozialisten nicht billiges Agitationmaterial gegen uns liefern. Das Anerbieten der Rechtssozialisten sei ein Zeichen ihrer Ohnmacht. Die gestellten Bedingungen Wunschen die Rechtssozialisten nicht anerlernen. Gestzustellen

Vorl.: Ein junger Graf behauptet, daß Sie erklärt hätten, nur allein die Gewalt könne Münchens retten.
Angell.: Diese Sicherung soll ich am 30. April getan haben. Das ist ganz unverständlich, den ich habe an diesem Tage verloren, zu unterhandeln. Gerade der Junge Graf hat am 30. April von Seine verlangt, daß ich verhaftet werden sollte. Ich habe die damaligen Vorgänge in München durchaus verurteilt. Die Sozialisierung des Bankwesens ist eine unsrer ersten Forderungen, aber ich war nicht damit einverstanden, wie die Engländer in das Landwesen geschlagen, das schien mir falsch und dilettantenhaft. Gegen die Reichsverfassung habe ich immer gesprochen, namentlich habe ich die planlose Art, daß ein etatual Körps aufgestellt, als drei Armeen verhaftet wurden. Im Betriebsrat habe ich das Kritiswort geprägt: "Sauhals". Es richtete sich gegen das Einbringen unzulässiger Elemente. Manche Stellen waren von Leuten besetzt, die nicht dahin gehörten.

Vorl.: Sie werden angeben, daß die Verhältnisse in München sich so entwickelt hatten, daß von persönlicher Freiheit keine Rede mehr war. Keiner war seines Lebens sicher. Wer Plakate kritisierte, lief Gefahr, verhaftet und vor ein Revolutionstribunal gestellt zu werden.

Angell.: Diese Zustände habe ich selbst kritisiert.

Vorl.: Die Zustände in München mussten im Auslande doch einen ungünstigen Eindruck machen und

auf den Frieden erschweren

Angell.: Die Räterepublik als solche konnte nur den besten Eindruck machen und den Widerstand der ausländischen Sozialisten stärken. In Bern wurde mir von allen Seiten gesagt, daß die Aktion der ausländischen Sozialisten gehemmt werde dadurch, daß in Deutschland Männer an der Spitze stehen, wie Ebert und Scheidemann, die man nicht mehr als Sozialisten erkennen könne. Die Räterepublik hätte bei den Arbeitern Frankreichs und Englands den Widerstand gegen den Versailler Vertrag gestärkt. Die Zustände in den letzten Tagen habe ich nicht gebilligt, ich glaube auch nicht, daß das so tragisch zu nehmen ist. Die französischen Arbeiter wissen aus eigener Erfahrung, daß bei jedem revolutionären Aufstande für Zustände entwickeln, die nicht immer erfreulich sind. Man hat aber in Deutschland aus Allesicht auf die Entente mit der Sovjetregierung jede Beziehung unterlassen. Man hat, um sich bei der Entente Frieden zu machen, sogar Truppen gegen die Bolschewisten geschickt und General Hoffmann war so schamlos, zu verlangen, daß die Franzosen mit den Deutschen zusammen gegen die Bolschewisten kämpfen. Wenn wir sofort nach Ausbruch der Revolution staatschaffliche Beziehungen mit der Sovjetregierung angenommen hätten, dann hätten wir bessere wirtschaftliche Verhältnisse bekommen und gegen die Entente eine stärkere Stellung einnehmen können, so daß wir einen solchen Frieden nicht hätten annehmen brauchen.

Vorl.: Es besteht aber wohl die Ansicht, daß Deutschland den bemannten und arbeiterobligenden Frieden nicht hätte annehmen brauchen, wenn nicht bei uns durch die Räterepublik und die Außenseiter dieses Durchmesser entstanden wäre.

Angell.: Durch das Verhalten der Ludendorff- und Scheidemann haben wir den Kredit im Auslande verloren. Die Sozialisten würden das Vertrauen in der Revolution in Deutschland gewonnen haben.

Es wird dem Angeklagten dann vorgehalten, daß er eine ganze Reihe von

Verordnungen und Erklärungen

erlassen hat. Der Angeklagte gibt das im allgemeinen zu. In einem Auftritt vom 28. April wendet er sich an die Arbeiter Münchens und weiß darauf hin, daß sich Zustände in München entwickelt hätten, die gefährlich für die Räterepublik seien. Die Männer an der Spitze hätten sich als unfähig erwiesen, aufzubauen. Die Arbeiter werden aufgefordert, in letzter Stunde den Mut zu haben, die Gefährlichkeit der Lage zu erkennen. Eine Erklärung vom gleichen Tage, ebenfalls von Toller unterzeichnet, führt aus, daß die Truppen des ersten Abschnitts entflohen seien, bis zum letzten Blutstropfen für die Räterepublik und das Proletariat gegen die Regierung zu kämpfen.

Angell.: Es ist ganz richtig, daß ich das unterhielten habe. Beide Aufträge sind von demselben Tage. Der Betriebsrat hatte allein die Macht in Händen. Damals kamen Leute zu mir nach Dachau und verlangten, daß ich in München einschreibe und Ordnung schaffe. Damit meine erste Erklärung nicht als ein Putsch gegen den Betriebsrat aufgefaßt würde, erließ ich die zweite Erklärung, um zu zeigen, daß wir nicht aus Feigheit in Verhandlungen eingetreten seien, sondern daß wir, wenn der Betriebsrat anders entschiede, gewillt seien, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. — In verschiedenen Aufträgen hat der Angeklagte die Sozialisierung der Presse, die Ausführungsbestimmungen über das Revolutionstribunal usw. verordnet. In einem Auftritt heißt es, daß alle Maßnahmen, die Wirkung der Räterepublik zu gefährden oder zu hemmen, bestraft werden müssen. Die Strafe werde ins freie Ermeessen der Richter gestellt sein. Das Gericht könne auf Gefängnis, Zuchthaus oder Todesstrafe entscheiden.

Vorl.: Ich denke, Ihre Partei war gegen die Todesstrafe.

Angell.: Ich war immer dagegen und habe auch durchgesetzt, daß der Zentralrat jedes Todesurteil bestätigen müsse. Im Zentralrat hatte ich mich aber gegen jedes herartige Urteil gewandt.

Staatsanwalt Hahn: Herr Toller, Sie haben eben erklärt, es liegen noch in Ihrer Rollen Elemente eingedrängt, die nicht berufen und beschäftigt dafür waren. Ich frage Sie, ob Sie sich selbst für diese Tätigkeit, für dieses Amt berufen gefühlt haben und dann, woher Sie diese Verzüglichkeit hernahmen.

Angell.: Herr Staatsanwalt, ich habe ungern die Führung in der Räterepublik übernommen, ebenso wie ich ungern den Vorstand der U. S. P. übernommen habe. Ich war stets bemüht, mich mit Leuten zu umgeben, die Sachverständige waren. Das Amt dieser Männer habe ich stets vor jeder Verordnung gehört. Ob ich dazu berufen war, kann ich nicht sagen. Gern tat ich es nicht. Ich übernahm es aber, weil ich das Vertrauen der Arbeiter habe. Ich weiß nicht, ob die alten Regierungen ihre Macht immer so sachverständig befreit haben, daß alle Voraussetzungen gegeben waren, daß die Männer auch imstande waren, ein Ministerium zu leiten. Man hat früher nicht gefragt, ob ein achtzehnjähriger Thronfolger berufen war, ein Reich zu regieren. Ich weiß, daß ich viele Fehler gemacht habe, die macht jeder, und daß ich manche Fehler in meinem Willen habe. Ich habe aber versucht, mein Möglichstes zu tun, mehr kann ich nicht verantworten.

Der Reihe der

Zeugenvernehmungen

wird zuerst Abg. Eisenberger vernommen. Er war als Bauernrat Teilnehmer am Rütelkongress in München und bezeichnet den Verlauf des Kongresses als „außergewöhnlich“. „Wifens, Herr Vorsteher, meine Ansicht von der Sicht war die, entweder sind die verübt oder i.“ Über die Verhandlungen bei Kongress erklärt der Zeuge dann, daß bei dem Beschluss, ein Kompromiß zustande zu bringen, durch das die Einberufung des Landtages und die Einsetzung einer Regierung genehmigt wurde, auf der linken große Unruhe entstand. Es ballten sich die Massen zusammen, aus denen wurde gerufen: „Mächtig Euch!“ Ob Toller auch dabei war unter denen, die faule gebaut haben, weiß ich nicht.

Zeuge Dr. Schwengfeld war auch Mitglied des Rütelkongresses. Toller gehörte zu jenem Kreis, der zwar die Räterepublik willigte, aber Gewalthandlungen ablehnte. Wiederholte, daß er sich gegen Gewaltpolitik gekämpft, sowohl im Kongress, als auch in privaten Gesprächen. Zuerst hatte der Kongress nicht daran gedacht, sich souverän zu erklären. Erst allmählich hat sich von der linken Seite dieser Gedanke entwickelt, daß sich der Kongress der Gewalt bemächtigen müsse. Das wurde von der Rütelkongress Deine und Mühsam gefordert. Wesentlich gestaltete wurde dieses Streben dadurch, daß man sagte, der Landtag sei desertiert, und durch den Umstand, daß von der Regierung wenig in Erscheinung trat. Die Minister waren nicht anständig. Zeuge erinnert daran, daß in einer Präsentation der Mehrheitssozialisten eine Postkarte des Minister Hoffmann gezeigt wurde, auf der er schrieb, er mache nicht mehr mit.

Staatsanwalt Hahn: Wie hat sich Toller zu der Einigung zwischen Regierung und Landtag gestellt?

Zeuge: Die Unabhängigkeiten waren zuerst gegen fünf Uhr morgens mit dem Kompromiß einverstanden. Später machte sich eine Opposition geltend, zu der auch Toller gehörte. Man verlangte die Souveränität des Kongresses. Von 21. Februar ab nach der Ermordung Eisners war es anhörtlich schwierig, in München öffentlich gegen den Rätegedanken zu sprechen. Heute nicht mehr man gewünscht sein, vorschlagen zu werden. Die Leute standen auf dem Standpunkt, es gehe nicht so weiter, es müsse etwas passieren, was sei gleichgültig. In Arbeiterkreisen herrschte die Aussicht, das Parlament sei erledigt. Auch in Parteireihen des Zeugen, selbst unter sonst bekannten Parteigenossen, hatte die Idee festen Fuß gesetzt. So sei auch der Bezug des Bauarbeiterkongresses in München am 6. April, der sich für die Räterepublik aussprach, nur zu verstehen.

Zeuge: Geheimrat Professor Bauer erbrachte: Es waren nach Proklamation der Räterepublik täglich drei bis viermal Barden erschienen, die im Spital Erpressungen versuchten, indem sie bald die Herausgabe Kreos, bald diejenige Alters forderten. Der Zeuge hat sich durch eine Krankheit, die mit Toller befreundet war, an diesen gewandt und ihn erachtet, einzuschreiten. Das hatte den Erfolg, daß das Spital einige Zeit unbekämpft blieb, bis Toller seinen Einfluss verlor, indem die Herrschaft in die Hände der Kommunisten überging. Auf eine Frage bezeichnet der Junge Toller als einen Menschen, der außerordentlich eitel war. Im übrigen hatte der Zeuge den Eindruck, daß Toller ein unverständiger Mensch sei.

Sergeant Höppel aus Dachau befürchtet, daß von der Roten Garde 200 flaschen Wein requiriert wurden, die unter die Soldaten verteilt und ausgetrunken wurden. Auch beim Stabe, dem Toller angehörte, wurde, wie er wisse, in einigen Sitzungen Wein getrunken. Ob Toller dabei war, wisse er nicht. Von den Bauern wurden Verdunstmittel erpreßt, und für 20.000 M. Fahrerder wurden requirierte. Die Rote Armee sagte ihm, daß sie im Auftrage Tollers requirierte. Ob das wahr sei, wisse er nicht. Es war aber ein Plakat angebracht mit Tollers Unterschrift, auf dem jede eingeschlagene Requisition verboten war und angedroht wurde, daß jeder, der das vor, vor einem Feldgericht gestellt und bestraft, jedenfalls erschossen würde. Die Leute haben sich aber darum nicht gekümmert. Auch einige Villen wurden ausplündert. Zimmerman war Toller bestrebt, so gut es ging, Ordnung zu halten.

Rechtsanwalt Anton Günther bemerkte dazu, daß solche Fälle von Plündnerungen durch Soldaten auch vorgekommen seien, ehe es die Räterepublik gab.

Zeuge Redakteur Durisic ist der Meinung, daß Toller von Anfang an für die Räterepublik eingetreten war. Als das Komprromiß geschlossen wurde, habe Toller die Hände hochgehoben und lächeln.

Der Angeklagte bestreitet das.

Zeuge bleibt aber mit Bestimmtheit bei seiner Aussage. Im übrigen habe Toller sich immer gegen den Terror ausgesprochen.

Aus dem Protokoll wird auf Antrag der Verteidigung festgestellt, daß Toller in seinen Reden sich wiederholt gegen die Wehrhoheit gewandt und diese als von militärischem Geiste besetzt bezeichnet hat.

Zeuge Eisenhain (Redakteur der Münchner Post): Bei der Betriebsratssitzung übte eine Minderheit großen Terror aus, gegen den nicht auszuommen war. Es waren im Betriebsrat recht fragwürdige Gestalten, denen wohl zutrauen war, daß sie jeden, der sich gegen die Räterepublik ausgesprochen hätte, niederschlagen. Zwischen Toller, Lewin und Devrient stand ein scharfer Gegensatz. Toller hat in einem Bericht vor den Betriebsräten über seinen Einzug in Dachau ausgeschüttet, daß er nicht die Absicht habe, gegen Dachau vorzugehen, doch aber die Truppen selbstständig gehandelt hätten. Er habe Befehl gegeben, daß kein Schuß auf ein Dorf abgegeben werde dürfe. Er schien der Meinung zu sein, daß durch sein bloßes Erscheinen ohne Schutz gegen Oberbayern ihnen zusagen würde.

Zeuge Redakteur Schmid meint, daß die zum Aufstauben von Lewin und Devrient Toller sich sehr terroristisch gebärdet habe. Nachdem die Kommunisten die Herrschaft erlangt, habe er gebremst.

Redakteur Dr. Frey und Leiter des unabhängigen Organs in Nürnberg, sagt aus, daß Toller in Nürnberg war, als die Räterepublik ausgerufen wurde.

Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Brandis, Stadtgemeinderat: Unter Eingängen lag ein Gefecht der Gruppe Brandis der Kriegsbeschädigten vor, die Stadt soll sich am Empfang der Kriegsbeschädigten beteiligen. Man beschließt, der Sache zuhinzutreten, wenn die Gefangenen ausgeliefert werden. Die Amtsbeamten fragen an, ob man in Brandis das Bedürfnis habe, daß in Grimma eine niedere landwirtschaftliche Schule errichtet wird. Die Amtshauptmannschaft soll den Bescheid erhalten, daß man hier die Wurgener Schule für ausreichend hält. — Die Bildung eines Schiedsgerichts in Sachen des elektrischen Strompreises macht Schwierigkeiten, da die bisher vorgeschlagenen Verträge ablehnen. Herr Fabrikdirektor Siebel Leipzig soll nunmehr erlaubt werden, als Beisitzer zu antreten.

— Die ausgewählte Nachschulungsstelle wird Herrn Dr. Draudo aus Kämmerer übertragen. Der Antritt soll spätestens am 1. August erfolgen. — Der Finanzausschuß schlägt vor, das Geschäft der Gruppe der Kriegsbeschädigten um eine besondere Steuerermäßigung in der Weise zu erledigen, daß unbedingt Verstärkung nur die Kriegsbeschädigten finden sollen, welche unter 2000 M. Einkommen und eine Rente von 40 Proz. oder mehr beziehen. Alle anderen Fälle sollen Fall für Fall untersucht und entschieden werden. — Zu dem Geschäft der Beamten um Steuerermäßigung in der selben Höhe wie die Staatsbeamten sollen erst Erhebungen stattfinden über die Höhe der bisherigen Auslagen. — Die Übertragung einer Schanzenabnützung an Herrn Vogtlander wird genehmigt. — Den Vorschlägen des Bauausschusses, für das Wasserwerk eine Handpumpe anzuschaffen sowie einen Wassermesser, wird begegnet. Das Geschäft des Herrn Ing. Bunde um Erhöhung seiner Vergütung wird dem Wasserwerksausschuß zur Prüfung überweisen. Die den Brunnenbau ausführende Firma Engert soll veranlaßt werden, die Arbeiten zu beschleunigen, damit der Brunnen zur vorgeesehenen Zeit fertig wird. Die Sparkassenverhältnisse von Brandis haben schon ältere Auslandserwerbungen veranlaßt. Im Sparkassenausschuß stellen unsere Genossen nun eine Reihe Anträge, um in Zukunft den Kreditlinien entgegenzukommen, ohne aber die Sicherheit der Anlagen zu gefährden. Die von der vorigen Mehrheit durchgesetzte Erhöhung des Bruttosumes um 1% Prozent wurde rückgängig gemacht. Beleihungen auf Grundstücke sollen bis zu 1% der Bruttovergütungsumme gegeben werden. Da der Rentendienst, welcher der Sparkasse seit 40 Jahren vorsteht, von der Leitung veranlaßt wird, wird der Rentenregisterator Götzl in die Sparkasse versetzt. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, den guten Ruf der Sparkasse wiederherzustellen. Genosse Müller erstaute dann Bericht über eine Versammlung der Arbeitsnachweise der Kreishauptmannschaft. Daraus geht hervor, daß man in der Landwirtschaft und den besseren Haushalten Arbeitskräfte zuweisen möchte. Genosse Nehm holt hervor, daß dies ein vergleichliches Vermögen bleiben müsse und sogar eine große Gefahr in sich bergen. Wenn es nicht gelingt, Industriearbeiter für die Landwirtschaft und den Dienstbotenstand zu gewinnen, möge man sich nicht darüber freuen, daß dies dann nicht mehr möglich sein wird, wenn die Industrie wieder mehr Arbeiter beschäftigen kann und es wieder mehr Lebensmittel gibt. Die Landwirtschaft werde dann ohne Arbeitskräfte bleiben, wenn es nicht gelingt, für die Landarbeiter bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. — Im Auftrage der soz. Vertreter stellte Genosse Nehm die Anträge, welche einstimmig angenommen werden: Der Stadtgemeinderat beschließt sämtliche freien und gebündigten Wohnungen, Mündigungen von Wohnungen werden rechtmäßig nur mit Zustimmung des Stadtgemeinderates, Mietsteigerungen über 10 Prozent des bisherigen Mietzinses bedürfen der Zustimmung des Stadtgemeinderates. Der Verfassungsausschuß war beauftragt, ein Ortsrecht auszuwerben über eine Euerung des unverbindlichen Mietwertzuwachs. Zur Beurteilung dient, daß bei dem letzten Termint Mietzinssteigerungen bis 50 Proz. vorgenommen worden sind. Trotzdem der Stadtgemeinderat bei der Amtshauptmannschaft schon seit dem

1. April Maßnahmen zum Schutz der Mieter vorgenommen hat, ist jetzt von der Amtshauptmannschaft den Hausbesitzern gestattet worden, Mündigungen und Mietzinssteigerungen vorzunehmen. Bei der Amtshauptmannschaft soll dagegen in Wirtschaft erhoben werden, daß dies ohne Anhörung des Stadtgemeinderats vorgenommen wird. Im Juli und August sollen Sitzungen des Stadtgemeinderats nicht regelmäßig, sondern nur nach Bedarf stattfinden.

Deutsch-Marienberg. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Sächsischen Bergwerksstadt macht sich noch eine Auslösung nicht. Anscheinend ist Herr Arno Pries, Besitzer der Kunstanstalt Strelf in Co., falsch unterrichtet worden. Es ist einfach nicht wahr, daß auch nur einer der gegründeten 22 Gemeindeleute noch einen Garten an seiner Wohnung hat. Welchem Zweck die Gärten dienen, aus denen diejenigen Inhaber hinausgemeldet werden, ist ganz gleichgültig für die, die daran glauben müssen. Ob nun die Betreffenden erst am 30. September oder einige Tage vorher erfahren, wann die Auslösung erfolgen soll, davon enthalt die Mündigung nichts. Warum könnte dann Herr Pries am 1. Juli, wenn er selbst keinen erheblichen Wert darstellt und die Gärten den Winter über sowieso nutzlos für die neuen Besitzer sind? Diese „humane“ Maßnahme muß sogar jeder Unbetätigten als Rücksicht und Willkür empfinden. Und durch diese Maßnahme kommen eben die Betreffenden mit ihrem Kleinstlebenstand, wie Siegen wußt, auf die Straße zu leben, da im Orte keine Unterkunfts möglichkeiten vorhanden sind. — Mit dieser Zuschrift erlebt sich für uns die Angelegenheit und überlassen wir jedem einzelnen das Urteil über dieselbe.

Deutsch-Kötzschenbroda. Einwohnerwehr. Wie man Spitzbuben am besten nicht fängt, zeigte uns die hiesige Einwohnerwehr. In der Nacht zum Sonntag bemerkte eine zwei Mann starke bewaffnete Patrouille derselben in der Gutswoirtschaft der Frau Piller in Treben ein verdächtiges Geräusch, das auf Einbruch schließen ließ. Anstatt der Sache näher auf den Grund zu gehen, zogen es diese Helden vor, die Frau, welche abwesend war, zu benachrichtigen. Unzweckhafte hatten die Spitzbuben die beste Gelegenheit, das Feld zu räumen. Gestohlen wurden ungefähr 100 Mark. Um sich nun nicht der Feindseligkeit bezichtigen zu lassen, drehte diese Garde zu faulen Ausreden. Beigefügt wurde ausdrücklich, daß die Einwohnerwehr wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß dieselbe nur zur Bekämpfung des Schlechthandels und Diebstahls da sei und mit Politik nichts zu tun habe. Ihr wahres Gesicht hat sie uns jetzt gezeigt und ihre Hauptstabilität besteht darin, Arbeiter zu provozieren. Deshalb rufen wir jedem Arbeiter zu: Schlecht euch der U. S. S. R. an!

Deutsch-Marienberg. Gemeinderatsbildung vom 10. Juli. Von besonderem Interesse waren die letzten zwei Punkte: Übernahme von Kosten für eine Einwohnerwehr und Ordnung über die Gemeindeleistungen. Also eine Einwohnerwehr soll erscheinen, aber vielleicht — sie ist schon da! Denn es ist schon kaum ejerciert worden im Bad, natürlich, nachdem auch der letzte Badeplatz verschwunden war. Diese ganze Einrichtung soll nur 500 M. kosten. Trotz dieser geradezu staunenswerten Billigkeit fand die Wehr bei unseren Genossen keine Gegenliebe. Wir beantragten, diesen Punkt zu vertagen, da drei Mitglieder des Gemeinderates fehlten. Nach Abstimmung dieses Antrages verließ unsre Fraktion die Sitzung, um Verblümung und Verharmlosung herbeizuführen. Die Bürgerlichen und der Wehrherr (zwei schlichen) haben darauf beschlossen, die Wehr einzurichten. In der vorherigen Sitzung hatte man drei Gemeindeleistungen gewählt, dabei war unsre Fraktion leer ausgegangen. Diese Wahl war ungültig. Man hatte es so eilig, daß man sich das neue Gesetz, nach dem gewählt wurde, gar nicht richtig angesehen hatte, denn sonst hätte man finden müssen, daß die drei Ehrenamtler auf Grund der Verhältniswahl zu befehlen sind. Auch jetzt hatte man es wieder eilig. Das neue Ordnungsgesetz ist noch nicht genehmigt, trotzdem sofortige Wahl. Gewählt wurden Herr Schuh als erster, unser Genosse Hermann Gerhardt als zweiter und Herr Hennemann als dritter Gemeindeleister. Die Rechtssocialisten gingen diesmal leer aus. Bei dieser Gelegenheit noch einige Worte über den heutigen Bürger: der Wehrherr, der Wehrleiter, Herr Schuh. Diejenigen Bürger, die noch den Rechtssocialisten nachlaufen, möchten wir bitten, den einmal die Gemeinderatsbildung zu besuchen und ihren Arbeitervorsteher zu beobachten, wie er mit den Bürgerlichen durch dick und dünn geht. Wie lange werden sich die rechtssozialistischen Arbeiter das noch gefallen lassen? Zum Geschäft der Kriegsbeschädigten um Steuererlass wurde beschlossen, bedarfsgünstigen Kriegsbeschädigten die Steuer zu erlassen. Zum Schlus widmete Herr Arnter dem scheidenden Gemeinderat, Herrn Heller, Worte des Dankes für achtjähriges erfolgreiche Wirksamkeit an der Spitze der Gemeinde. Herr Heller dankte und bat, auch der Tätschelkasten des Herrn Dr. Schatz zu geben, der in den Kriegsjahren die Lebensmittelverteilung und die Unterstützungsabzahlung geleitet hat und nun ebenfalls aus dem Gemeindedienst geschieden ist. — Am Freitagabend fand die Einweihung des neuen Gemeinderatshauses, Herrn Fischer, statt.

Briefkasten der Redaktion.

U. S. I. Out. pulm. — Lungenkatarrh. 50 Pfg. Partikelkasse.

U. S. 100. 1. Ein fester Sah kommt nicht in Frage. Es muß Ihnen so viel gelassen werden, als zur Besteitung Ihres eigenen notdürftigen Unterhalts und der Verpflichtungen erforderlich ist, die Ihnen Ihre Familie gegenüber obliegen. 2. Ja. 3. Nein.

Feuilleton

Mittwoch, 16. Juli 1919

Das jüngste Gericht der Könige.

(Schluß)

Der römische Sansculotte: Nein, nein, nein! Wir wollen keine Haftengesetze mehr. Der Gott der Sansculotten ist die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Diese Götter hast du mir gefaßt und wirkst du nie losen. Geh' lieber hin und beschwör den Sultan; bald wird er dich bestrafen und uns rächen. —

Ein französischer Sansculotte (hat alle Könige im Halbkreis angestellt und entläßt sie mit folgenden Worten):

Gefürchtete Unschauer! Ihr Alle hättest eigentlich auf dem Schachbrett tausend Tode sterben sollen; aber wo hätten sich Heuler gefunden, die bereit wären... Hände mit eurem elenden und verborbenen Blute zu beflecken! Ihr überlassen euch euren Gewissensbissen oder vielmehr eurer ohnmächtigen Wit.

Das also sind die Unrechte aller unserer Leiden! Ihr künftigen Geschlechter, werdet ihr es glauben können? Das sind sie, in deren Händen die Geschichte Europas schwanken. Im Dienste dieser handvoll seines Räuber, zum Vergnügen dieser gekrönten Verbrecher wurde fast in allen Ecken des Kontinents und jenseits der Meere das Blut einer Million, nein von zwei Millionen Menschen vergossen, deren geringster mehr wert war als sie alle. Im Namen und auf Besuch dieser anderthalb Dutzend wilder Tiere sind ganze Provinzen verwüstet, sind volkssreiche Städte in Asche und Aschehaufen verwandelt, sind unzählige Familien entstellt, ausgeplündert und dem Hunger überlassen worden. Dieser schändliche Haufen von politischen Meuchelmorden hat große Nationen in Schach gehalten und hat die Völker, die als Freunde und Brüder geboren sind, auf einander gehetzt. Menschenlächer waren sie zu Kriegszetteln und Verbrecher des Menschenrechts im Frieden. Aus dem Schoße der Höhe dieser unreinen Geschöpfe verbreitete sich der Pesthauch aller Völker über Stadt und Land. Hat es jemals eine Nation gegeben, die einen König befahl und nicht stützen war?

Der Papst: Niem war stützenlos! . . . Die Kardinäle sind stützenlos!

Der französische Sansculotte: Und diese Menschen haben Bobredner und Hellserschäfer. Diese Pfaffen haben ihrem Gott nur die Überbleibsel des Weihrauchs, den sie zu den Füßen ihrer Gläubigen verbannt; und Gläubige, mit goldgestickten Bureen beladen, sprechen sich und fühlen sich wichtig, wenn sie sagen könnten: Der König, mein Herr! . . . Mehr als hundert Millionen Menschen haben diesen gemeinen Tyrannen gehorcht und gesiezt, so oft sie ihre Namen mit heiliger Ehrfurcht ansprachen. Um diesen Menschenfressern Freunden zu bereiten, hat das Volk vom Morgen bis zum Abend, vom Anfang bis zum Schluss des Jahres gearbeitet, geschwitzt, geschuftet. Ihr kommenden Geschlechter, werdet ihr euren brauen Verschärfen diese makelose Schamniedrigung, Dummheit und Selbstvergängung je vergeihen können? Beileibelich, Natur, das Werk der Sansculotten zu vollenden; bliebe keinen freudigen Atem über diesen Ausnurz der menschlichen Gesellschaft und las die Könige für immer in das Nichts zurückfliehen, aus dem sie niemals hätten hervortreten sollen.

Dorthin las auch jeden von uns zurückfliehen, der künftig das Wort König ausspricht, ohne es mit den Verwünschungen zu begleiten, welche die mit diesem elenden Wort verknüpfte Vorstellung jedem republikanischen Geiste notwendig nahelegt.

Noch wir, meinen Teil verpflichtet mich, auf der Stelle leben aus dem Buche der freien Menschen anzuschreiben, der in meiner Gegenwart die Luft mit einem Ausdruck zu befabeln weißt, durch den ein gräßliches Vorurteil für irgendeinen König oder ein anderes derartiges Schauspiel erweckt werden soll. Kammeraden, lacht uns alle dies geloben, und dann wieder ein Wort!

Die Sansculotten (im Abgehen): Wir schwören es! . . . Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik!

6. Szene.

(Die Könige von Europa.)

Franz II.: Wie man uns behandelt, großer Gott! Mit welcher Nächtwürdigkeit! Und was soll aus uns werden?

Wilhelm: O mein teurer Capistolo, warum bist du nicht hier! Du würdest uns schon aus der Kleme helfen.

Georg: Das bezweifle ich; was meinst du dazu, heiliger Vater? Du hörst ihn ja schon lange genug in der Engelsburg gesungen.

Der Papst: Er könnte hierbei gar nichts ausrichten. Ein kleiner was übernatürlicher hätte uns not.

Der König von Spanien: O heiliger Vater, ein kleines Wunder!

Der Papst: Die Seiten sind vorbei . . . Wo ist die gute alte Zeit, da die Heiligen auf einem Knüppel durch die Lust ritten!

Der König von Spanien: O mein Vetter, o Ludwig XVI.! Du hast immer noch das beste Ros erwählt. Eine böse Bierstunde ist schnell vorbei; jetzt hast du nichts mehr nötig. Wir sind hier von allem entblößt: wir schwaben zwischen dem Hunger und der Hölle. Ihr, Franz und Wilhelm, habt uns das alles auf den Hals gezogen. Ich habe mir immer gedacht, diese französische Revolution würde uns früher oder später noch einen bösen Streich spielen. Es war höchst überflüssig, uns dahinein zu verwickeln, höchst überflüssig!

Wilhelm: Es steht dir gut, du spanische Majestät, uns die Schuld zu geben. War es denn nicht deine gewohnte Bummel, die uns ins Verderben gestürzt hat? Wenn du uns sofort unterstellt hättest, war es um Frankreich geschehen.

Katharina: Ich für meinen Teil gehe in die Hölle und lasse mich schlafen. Statt zu streiten, solltet ihr mir folgen, wenn ihr mich lieb habt . . . Stanislaus, willst du mir nicht Gesellschaft leisten?

Der König von Polen: Besieh dich mal in dieser Quelle, alte Katharina!

Katharina: Du warst nicht immer so stolz.

Der Kaiser: Die verfluchten Franzosen!

Der König von Spanien: Diese Sansculotten, die wir erst so verachteten, haben ihr Ziel nun doch erreicht. Warum habe ich sie nicht hübsch verbrennen lassen, anderen zum warnenden Beispiel?

Der Papst: Warum habt ihr sie anno 80 nicht exkommuniziert? Wir haben sie viel zu sehr geschont, viel zu sehr!

Der König von Neapel: All diese Betrachtungen sind sehr schön, aber sie kommen etwas zu spät. Wir sind auf der Gasse, nun heißt es rubern. Vor allem müssen wir essen. Also beschäftigen wir uns zunächst mit Fischfang, Jagd oder Adlerbau.

Der Kaiser: Ein schönes Bild, ein Kaiser aus dem Hause Österreich, der in der Erde scharrt, um leben zu können.

Der König von Spanien: Wäre es dir lieber, zu lösen, wer von uns den anderen als Nahrung dienen soll?

Der Papst: Dass man nicht einmal so viel hat, um das Wunder mit den flins Broten machen zu können! Aber freilich, wir haben ja Reber unter uns.

Katharina: Diese Redensart geht offenbar auf mich . . . Dafür fordere ich Genugtuung. Achtung, heiliger Vater!

(Die Kaiserin und der Papst präsentieren sich, sie mit dem Szepter und er mit dem Kreuz; ein Szepterhieb verschmettert das Kreuz, der Papst wirft Katharina seine Tiara auf den Kopf, so daß ihre Krone herunterfällt. Sie hauen sich mit ihren Ketten. Der König

von Polen will Frieden suchen und nimmt Katharina das Szepter weg.)

Der König von Polen: Genug, Nachbarin! Sachte, lach!

Die Kaiserin: Du bist gerade der Richter, du Memme, mir mein Szepter wegzunehmen. Du willst dich wohl für dein eigenes Schadlos halten, das du dir in drei, vier Schilder hast hauen lassen?

Der Papst: Katharina, ich bitte um Gnade! Vergib mir! Wenn du mich in Ruhe läßt, spreche ich dich von allen deinen Sünden los.

Die Kaiserin: Losprechen! Du Schurke von einem Pfaffen! Ich lasse dich nicht eher in Ruhe, bis du zugibst und mir nachschriftst, daß Pfaffen und Päpste nur Marktstreiter und Taschenpieler sind . . . Kusch, wiederhol's!

Der Papst: Pfaffen . . . und Päpste . . . sind Marktstreiter . . . und Taschenpieler.

Der König von Spanien (in einem Winkel der Bühne sitzt): Welche Endbedingung! Ich habe noch einen Rest von meiner Brotration, die ich im Gelärm trug. Welcher Schatz! Wie Blumen und Plaster der Welt liegen ein Stück Schwarzbrot nicht auf, wenn man am Verhungern ist.

Der König von Polen: Was treibst du da abseits, Vetter?

Ich glaube gar, du bist; ich will noch etwas!

Die Kaiserin und die andern Könige (stirzen sich auf den spanischen, um ihm sein Stück Brot zu entreißen): Ich auch, ich auch, ich auch!

Der König von Neapel: Was werden die Sansculotten machen, wenn sie diese Balgerei aller europäischen Könige um ein Stück Schwarzbrot führen?

Die Könige (prellgen sich): die Erde ist mit Kettenrämmern, Sävieren und Kronen bedeckt; die Männer sind zerstört.

7. Szene.

(Die Vorigen und die Sansculotten.)

(Die Sansculotten, die sich aus der Ferne an der Verlegenheit der den Hunger überlebten Monarchen ergötzen, lehnen auf die Insel zurück und rollen ein großes Schiffszeugnis in die Mitte der ausgehungenen Könige.)

Einer der Sansculotten (schlägt dem Papst den Boden ein, schüttet den Zwiespalt aus): Da habt ihr Kutter, ihr Schurken. Frecht! Das Sprichwort „Jeder Mensch muss leben“ ist nicht auf euch gegründet, denn Könige brauchen nicht zu leben. Wer die Sansculotten sind ebenso mittellos wie gerecht. Erdrückt euch auch mit diesem Schiffszeugnis, bis ihr euch in diesem Lande akklimatisiert habt.

8. Szene.

(Die Könige auf den Zwischenstand.)

Die Kaiserin: Einen Augenblick! Mir, der Kaiserin und Kaiserin des größten Gebetes, gehört der größte Teil.

Der König von Polen: Katharina hat den Mund immer möglichst voll genommen, aber hier sind wir nicht in Petersburg. Gedem das Seine!

Der König von Neapel: Ja ja, jedem das Seine! Dieses Bisturitaf soll nicht der sogenannten Republik Polen gleichen.

Der König von Preußen: (haut der Kaiserin mit dem Szepter auf die Finger).

Die Kaiserin: Ruhe, du Schleifer-Räuber!

Der Papst: Meine Herren, meine Herren! Gebt dem Kaiser, was das Kaiser ist.

Die Kaiserin: Wenn du dem Kaiser gibst, was dem Kaiser gehört,heimer Bischof von Rom . . .

Der Kaiser: Friede, Friede! Es ist genug für alle da.

Der König von Preußen: Ja, aber es wird nicht lange reichen.

Der König von Neapel: Da, der Sultan will uns, scheint's, alle eins machen. Ein brennender Lavastrom ergiebt sich aus dem Krater und rillt gegen uns vor. Gott im Himmel!

Der König von Spanien: Heilige Mutter Gottes! hilf mir . . . Wenn ich davonkomme, werde ich auch Sansculotte.

Der Papst: Und ich nehme eine Frau.

Katharina: Und ich gehe zu den Jakobinern über zu den Franziskanern.

(Der Ausbruch des Volks beginnt; er schleudert Steine, glühende Kohlen usw. auf die Bühne.)

Während des heftigen Ausbruchs brännt das Feuer die Könige von allen Seiten; sie stürzen verschmettert in die geöffneten Ein geweide der Erde.)

Die Rose.

Von Konrad Soele.

Schnell, ehe die Zeit vergeht, etwas für die Verliebten. Die warmen Nächte, die Glühwürmchen, deren Lucifer und Luciferase uns lädt lädt, der silke Schall der Nachtigallen, das sanfte Geräusch der Wald- und Wiesenläuse, ach, alles dies ist bald vorbei.

Molengret, wie bald vorbei,

Bald vorbei

Bist du doch gegangen.

Märkte.

Die Zeit der wilden Rosen nämlich, die Gartenrosen blühen bekanntlich bis der Nachtklang ihnen ein Ende macht. Seit alten Zeiten gehört die Rose zur Liebe, es ist also verdienstlich, wenn die Gärtnerei, gleich wie die zarten Poeten, zu jeder Jahreszeit Rosen im Vorrat haben. Duft, Form und Farbe, lauter Schönheit; aber die Schönheit will weihvolle Momente, um genossen zu werden. Auch die Verliebten sind nicht immer in Stimmung, manchmal braucht man etwas Handeltes, ein Butterbrot, und man will nicht bloß die Rose in den Kelch der „Blumenlönigin“ stecken, sondern man möchte Genaueres von ihr wissen.

Die Literatur über sie ist umfangreich, sicher viele 1000 Seiten stoff. Wohl aber muß man zum Haushaltgebrauch das Gold der Wissenschaft in Feuilletonfelderndrage umwechseln.

Alo: Die Heimat der Rosen ist die ganze nördliche gemäßigten Zone. Bei uns in Deutschland gibt es nicht mehr als zwei Dutzend wilde Arten, die kurz entschlissen unter dem schändlichen Namen Hundrose zusammengefaßt werden. Die wenigen Menschen kennen die Schönheit eines freigewachsenen wilden Rosenstrauches an einem Wiesenrande, über die man in Begeisterung geraten kann, viele kennen aber den gewöhnlichen Geruch, der den grünen Blättern der Weinrose, besonders bei seichten Wetter, entsteht, und allen sind die Rosensträucher, die Dagebütteln bekannt, die eine vorragende Marmelade, und deren Kerne einen lieblichen Tee liefern, und die als Männlein im Walde, still und stumm, auf einem Stein, den Büschchen und kleinen Mädchen eine verschmitzte Freude bereiten. Neddes Kind ist mit diesem Rätselchen vertraut, aber ein andres vermögen nur wenige zu lösen. Was ist das?

Alles Bilder sind wir hier im Bunde.

Geboren alle zur selben Stunde.

Zwei sind geboren, zwei sind bartlos.

Der flinke hat einen halben Bart bloß.

Ein mittelalterlicher Mönch, der sich den Blick für die Natur bewahrt hatte, ging im Kloster der Cordeliers spazieren und versahte dieses

* Die Franziskaner heißen in Frankreich Cordeliers; da nun diesen Namen auch eine der revolutionären Faktionen annahm, deren Mitglieder im Kloster der Cordeliers tagten, liegt hier wieder ein unübersehbares Wortspiel vor.

Stielzel auf lateinisch; man sehe sich den grünen Kelch einer wilden oder zahmen Rose an, dann wird man ahn' sagen und fügt über seine schlechte Verabstechung und über die gute des Mönches wunder.

Die Mönche, sicherlich waren es die, die Karpensteine auflegten, Wein bauten und ähnliche gottgefällige Werke trieben, wußten die Rosen also schon zu schätzen; besser gesagt, sie wußten sie wieder zu schätzen. Denn die römische Kaiserzeit der ersten Jahrhunderte

unserer Zeitrechnung sah bereits eine Rosenleidenschaft ohnegleichen, einen wahren Rosenwahn. Man pflegte die Rose damals nicht im Knopfisch und nicht als Strauß zu tragen, sondern als Krone und Girlande um Kopf, Tisch, Altäre und sonstige Gegenstände zu legen, Festkränze daran zu bestreuen, und Heliodobius, eine völlig verrückte Majestät, erstickte bei einem Festmahl eine ganze Tisch

derer wechselseitlich hilflos betrunkenen Gäste in einem Wallenbruch von Rosen und Blüten. In rosegeschmückten, von Rosen umgebenen Marmorhallen, schloß man sich vor der Rosenwahn, während die anderen im Knochen und nicht als Strauß zu tragen, sondern als Krone und Girlande um Kopf, Tisch, Altäre und sonstige Gegenstände zu legen, Festkränze daran zu bestreuen, und Heliodobius eine völlig verrückte Majestät, erstickte bei einem Festmahl eine ganze Tisch

derer wechselseitlich hilflos betrunkenen Gäste in einem Wallenbruch von Rosen und Blüten. In rosegeschmückten, von Rosen umgebenen Marmorhallen, schloß man sich vor der Rosenwahn, während die anderen im Knochen und nicht als Strauß zu tragen, sondern als Krone und Girlande um Kopf, Tisch, Altäre und sonstige Gegenstände zu legen, Festkränze daran zu bestreuen, und Heliodobius eine völlig verrückte Majestät, erstickte bei einem Festmahl eine ganze Tisch

derer wechselseitlich hilflos betrunkenen Gäste in einem Wallenbruch von Rosen und Blüten. In rosegeschmückten, von Rosen umgebenen Marmorhallen, schloß man sich vor der Rosenwahn, während die anderen im Knochen und nicht als Strauß zu tragen, sondern als Krone und Girlande um Kopf, Tisch, Altäre und sonstige Gegenstände zu legen, Festkränze daran zu bestreuen, und Heliodobius eine völlig verrückte Majestät, erstickte bei einem Festmahl eine ganze Tisch

derer wechselseitlich hilflos betrunkenen Gäste in einem Wallenbruch von Rosen und Blüten. In rosegeschmückten, von Rosen umgebenen Marmorhallen, schloß man sich vor der Rosenwahn, während die anderen im Knochen und nicht als Strauß zu tragen, sondern als Krone und Girlande um Kopf, Tisch, Altäre und sonstige Gegenstände zu legen, Festkränze daran zu bestreuen, und Heliodobius eine völlig verrückte Majestät, erstickte bei einem Festmahl eine ganze Tisch

derer wechselseitlich hilflos betrunkenen Gäste in einem Wallenbruch von Rosen und Blüten. In rosegeschmückten, von Rosen umgebenen Marmorhallen, schloß man sich vor

Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8 — Am Thomaeiring — Fernruf 19271

Nur noch 2 Tage!

Das Grubengeheimnis

Sensations-Drama in 8 Akten (2 Abteilungen).

Fernruf Leipzigs jüngster Liebling, die kleine, grazile
7-jährige Edita Ott genannt:**„Das tanzende Elfchen“**oder: „Das lebende Püppchen“ in ihrem wundervollen Tanz-Divertissement.
Nachmittags haben auch Jugendliche unter 16 Jahren Zutritt!

Wochentags: 4, 6½, u. 8½, Uhr.

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt Fernruf 19930

Nur noch 2 Tage!

L. Leontine Kühnberg

in

Die Tragödie der Manja Orsan

Sensationsdrama in 5 Akten.

II.

Sybill Smolowa

in

Im Schatten des Glücks

Spannendes Schauspiel in 5 Akten.

Wochentags: 4, 6½, u. 8½, Uhr.

Welt-Theater

Barfüßergasse (In Markt) Fernruf 870

Nur noch 2 Tage!

Im Schatten des Glücks

Drama in 5 Akten mit

Sybill Smolowa

Böhmlands urkomischer Humorist

Carl Victor Plagge

in

Ein gesunder Junge

Lustspiel in 2 Akten.

Der unbedachte Augenblick

Drama in 2 Akten.

Der Selbstmörder

Posse in 1 Akt.



Ich will mich
beliebt machen
durch meine
saubere und
preisw. Arbeit
Tauchner
Ferd. Fischer
Straße 10. Uhrmacher. I.

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleid, zw. zw. Schwäche,
Sch. Dr. med. Drolf, nicht approb.,
Mitglied naturwiss. Gesellsc.
Leipzig, Anspitzstraße 5;
Streichl. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

POGROM

?

Das
Tages-
gespräch
der
nächsten
Wochen

Die Wahrheit:**Das Geheimnis des Beilis-Prozesses**

Biete an
größeren Posten in dunkle
Toiletteseife
Schweizer Fabrikat, ca. 60%
Fettgehalt. Schwer ca. 70 g.
Preis: Mark 2.10.

F. Maack, Hamburg,
Sillemerstraße 17.
Trauringe massiv
Gold.
Gustav Kaniss
Tauchner Strasse 6.

Wir liefern sofort überallhin
Sprechapparate
unübertraglich in Tonwiedergabe
und Klangfülle mit unseren
sich nahezu nie abnutzenden
Sprechplatten
3 Tage zur Probe
und auf Wunsch gegen Bezahlung
Monatsraten.
Verlangen Sie von der
MIRA
Berlin S. 42, Postf. 964
sofort gratis die illustrierte
Brochüre über Sprechapparate.

Graue Haare und Bart
erhalten Naturfarbe u. Jugend-
frische ohne zu färben. Seit
12 Jahren glänz. bess. Näh. uns
entzill. **Sanitas**, Fürth/W.
Mössaustraße 23.

Licht-U.T. Spiele

Alleiges Ersteilungs-

recht für Leipzig

Nur noch 2 Tage!

Lotte Neumann's

gewaltiges Kolossal-Filmwerk

„Wem nie von Liebe

Leid geschah“

Großes Gesellschafts-Drama

6 Akte 6

Vorführungen: 400, 630, 845 Uhr.

Telef. 3187

Wegen des starken Abend-
andranges bitte die Nach-
mittagsvorstellung zu
besuchen.

J.M. Kunzel

Dürdigung

Hainstr. 19.

Riebeckbräu

• Im Herzen der Stadt •

Abfallstroh
passend als Streu für Kleinst-
tiere sowie

**Heu, Stroh
Häcksel**
und andere Futtermittel

gibt ab
Oekonomieverwaltung
der Leipziger Westend-
Baugesellschaft
L.-Lindenau, Lützner Str. 164

Hennigsons
Edelfluid (gr.)
allerwirksame Mittel geg.
Kopfläuse. Flasche 1.50. A.
Engel-Apotheke, Markt, Hof-
Apotheke, Hainstraße, Max
Berger, Königsg., Carl Klose,
Sanitätsartikel, Hainstraße 17/19.

Kleiner Anzeiger**Arbeitsmarkt****Kastenmacher und Kastenhelfer**(gelehrte Stellmacher)
auf Karosserie- und Wagenbau bei hohen Stunden-
löhnen gesucht.Ludwig Kathe & Sohn, Halle a. S.,
Fahrzeug- und Karosserielabrik.

Wir stellen ein:

Maschinenschlosser**Horizontalbohrer****Shapler****Maschinenarbeiter**

in dauernde Beschäftigung.

Holzbearbeit. Masch. Fabrik

Lorenz & Kirsten

Böhmitz-Ehrenberg.

4 Möbeltischler

nach W. & L. aufsucht.

zu melden Möbeltischler

„Ploniere“, Hohe Straße 26.

Tüchtige Stellmacher

sucht 2. Guh., Wagenfabrik,

Lindenaus, Josephstraße 49.

Siebenl. Schneider

perfekter Schneider

für Privat für einige Tage gesucht.

zu melden Guh., Brüderstr. 8.

Provisionsreisende

für Privatkundschaft gesucht.

Angeb. u. L. B. o. Exp. d. Bl.

40—50 Mk. tagl. r. Arbeits-

loge (Männ. u. Frauen). 8-7 U.

abends Sell., Bölowstr. 16, pt. I.

Für Wiederverkäufer!

Ein Posten Lederwaren (mit)

sowie Papier-Servietten billig.

Grob's Hof, Bassane, Laden 45

Mil. Schatzstiefel, Gr. 27, 40.4

Gro., Wiederkehrer Str. 20, pt. I.

Schriftschriftern, Unternehmerinnen,**Schriftstellerinnen**

sucht bei gut. Verdient Schrift-

schriftern Scheller & Giesecke,

Brüderstraße 26.

Junges Mädchen

als Aufwartung ges. Göblis

Göblis-Friedrichs-Str. 23, Pad.

Aufwartung gesucht. Sachse,

Göblis-Nordhoff-Strasse 16, I.

Mädchen

für Küche u. Haus so. gesucht.

25. A. Lohn.

Friedrichsroda

in Thüringen, Hotel Stern.

Ehrl. Mädchen gesucht,

das zu

Hause schlafen kann, ev. Auf-

wart.

Schö., Bergerstr. 2, II. r.

Junge Aufwartung gesucht.

Horn, Sch., Nochlicht, 8, I.

Gu. Mädchens als Aufwart. ges.

tägl. 1 Stb. Rathausstr. 45, I. r.

Größ. Schulmädchen

als Aufwart. ges. Zu erfr. Anger,

Steinberg, St. 1, B. Ede. Oft.

Ein kräft. Schulknabe

der 1. ob. 2. Klasse, g. Begleitern

u. Kontroll. Haust. sein. Frei-

stunden gel. Steubenstr. 21, I.

Str. 12. Knabe zum Regel-

gel. Samenhandlung Märk.

Eldenaus, Dreilindenstraße 1.

Verkäufer

Ein. Posten extra stark. spritthal.

Hienfong-Essenz

ver. Dg. 13.50. ver. Nachnahme

wegen Ausgabe sofort abzugehen.

Curt Lang, Rittersgrün, Erzg.

30 Pf. ja Wecken-Linsen & Bl.

1-20. M. Reichenhainerstr. 10, I.

Für Wiederverkäufer!

Ein Posten Lederwaren (mit)

sowie Papier-Servietten billig.

Grob's Hof, Bassane, Laden 45

Mil. Schatzstiefel, Gr. 27, 40.4

Gro., Wiederkehrer Str. 20, pt. I.

Schriftschriftern, Unternehmerinnen,**Schriftstellerinnen**

sucht bei gut. Verdient Schrift-

schriftern Scheller & Giesecke,

Brüderstraße 26.

Junges Mädchen

als Aufwartung ges. Göblis

Göblis-Friedrichs-Str. 23, Pad.

Aufwartung gesucht. Sachse,

Göblis-Nordhoff-Strasse 16, I.

Schriftschriftern, Unternehmerinnen,**Schriftstellerinnen**

sucht bei gut. Verdient Schrift-

schriftern Scheller & Giesecke,

Brüderstraße 26.

Junges Mädchen

als Aufwartung ges. Göblis

Göblis-Friedrichs-Str. 23, Pad.

Aufwartung gesucht. Sachse,

Göblis-Nordhoff-Strasse 16, I.

Schriftschriftern, Unternehmerinnen,

Chaisel Eisenbahnhstr. 107, IV. r.

Gier Sofá, Koch-Elnr., Spieg., 2 St. Bettst. m. M., 1 Fenst. Gard.

vt. Leicht., Antonienstr. 46, I. R.

Chaiselongue, neu, gutes

Material, für 120.- M. zu verkaufen.

Schirmer, Seehausen.

Vertik., gebr., Abh., furn., 120.- M.

zu verkaufen. Neues Paunsdorf,

General-Pölzow-Str. 1, I. R.

Vertik., pol. Holz, f. 300.- M.

zu verl. Gothaer Str. 10, pt.

Hilf zu verkaufen:

Vertik., Sofa, Regulat.,

Bettst. m. M., alle gebr., Händl.

und Wagner, Nordplatz 2, I. R.

Vorusal-Garderobe,

mit Klöderschrank, gebraucht,

Küche, 8-teilig, Regulator vft.

Dix, Oehlis, Eisbürthstraße 12,

Herrich, Vers.-Schr., 150 gr. btl.

zu verl. Pt., Antonienstr. 46, I. R.

Spiegel, Nähmaschine billig

billig. Wandvorwerksr. 6, III. L.

Schreibtisch billig zu verl.

Co. Paunsdorfer Str. 59, pt. M.

Gr. idem. Sekr., furn., 8.-Nähm.

billig zu verl. Eisenbahnhstr. 5, I. R.

Tische auf Fabrik. *

Villeroy-Str. 11.

Waschtisch m. Marpli,

bill. Eisenbahnhstr. 20, pt. I. S.

Stable, Pfeller-Spiegel, Bettst.

m. Matr., Eisenbahnhstr. 94, I. R.

Küchenschrank verkaufen.

Kanti. räumt 41. Malerwerkstelle.

Küchen-Schrank,

Stuhl, Bank, Reg. 100.- M.

verl. Wolf, Elisabethstr. 21, pt.

Wod Küchen-Einr. u. ein. Schr.

verl. Reut., Döbelnstr. 1, pt. I.

Mod. neue Küche

Büfett, 8-teilig auf.

80.-M. K. Rohplat. 9.

Neue moderne Küche,

7-teil. zu verkaufen. Connewitz,

Beauer Str. 18, G. L. Tischler.

Ed. Küche 225,- Pl. Coja 260,-

Teppich, Möbelstück, Wacht. billig

zu verl. Sternwartenstr. 43, I. R.

Hüf-Einricht. G. Kaiserstr. 12, III. L.

Statt 750 Mark verkaufe

Mod. neue Küche

7-teil. Büfett, 185 br., hellgrau

für 525.-Mark. Rohplat. 9.

Für Drautenteile 1 Küchen-

eintricht, Tafelstu., Sofá, Bettst.

m. M., Reformküche, 1. Kinder,

Regal, pol. Klöder, 2. Rohplat.,

gr. Ausziehbl., Baneelb., Sitber,

Spiegelchr., Blumenst., Kühl.,

Kom. Kinderfahrt., Marmorp.

et. L. Ed. Goldst. 2. II. I. bis v. 5. I. ab.

Patentmatratzen

Bolsteraufz. Fischer, Süßst. 70.-*

Gute halbene Bettstelle mit

Matratze für 60 Mark zu ver-

kaufen. Eisenburger Str. 86, IV.

Bettst. m. M., gleich Sportwag.

vt. btl. Berliner Str. 2, I. R. IV.

Bettstelle o. Matrat., Petroleum-

Hängelampe, neu, billig zu verl.

Neust. Ludwigstr. 49, I. bei Jahn.

Bettst. m. M. Platz 40.-, rumf.

Tisch, 12.-M. Nachausst. 45, I.

Matratze m. Bettstelle, 75.-M.

Sofa 80.-M., Obstspresse verl.

Konradstraße 12, Laden.

Bettst. m. M. Döbelnstr. 1, pt. I.

Bettstelle m. M., Kommode

u. Tisch, umständlich billig zu

verl. Leicht., Haubwstr. 89, pt.

Welch Kinderglittertisch

m. M. verl. Sidonienstr. 57, IV. I.

Guterch. eis. Kinderbettstelle of.

Lind., Demmeringstr. 24, II. r.

Kirchhof, R. Kreuzstr. 46, I. I.

2 Bettst., Konzib., Hängel. of.

bill. Knopfholz. V. Deuterstr. 37, pt.

Bettst. m. M., s. n. 80.-Paunsd.

General-Pölzow-Str. 11, I. r.

Pianos of bill. Schloßgasse 11, I.

Greige billig zu verkaufen.

Schö., Lorenzstr. 14, I. L.

Mandoline u. Gitarre zu verl.

V. Albertinstraße 27, I. r.

Gitarre, Altium, 4-B., Kinders-

bedarf o. Würzburger Str. 69, pt.

Bandoneon 100 tön., A. neu, pt.

V. Dörrnbergerstraße 7, I. I.

Grammophon, neu, m. Platten,

verkaufen Konradstr. 12, Laden.

Grammophon m. Messingtricht.

10 n. Platten 150.-M. gr. Stand-

uhr 50.-M., 10m V. Zoll à 15.-M.

Möb., Neu-Hauffstr. 256, I. r.

Grammophon, neu, m. Pl., verl.

V. V. Guismühlestr. 45, I. I. I.

Grammophon f. gut erk., billig

zu verl. Abends von 7 Uhr.

Deuterstr. 28, II. I.

Mähm. Nürnberg. Str. 11, Kappe.

Nähmaschine f. 185.-M. of.

V. Karl-Heine-Str. 113, II. I.

Nähmaschine, gut erh., (Singer)

Preis 65.-M. Südvor. 5, I. I. I.

Ser. Strickmaschine 220 Nadeln

vt. btl. V. Ob. r. Mannstr. 18, II. r.

Rennier

Bahnmaschine, stabil, Schlauch-

reifen verkaufen billig

Thelese, Röhrigstr. 11, I. II.

Touren-Rad, Fr. Holz, Fried. -

G. Stö., Melscherstr. 6, p., Heller

Motor-Rad, 2 PS, m. Bereifung

950.-M. verl. Kleebstr. 42, I.

D-Frell.-Rad (Görde), st. Gu.

bill. Sell., Grasdorfer Str. 26, I. I.

Fahrrad m. Freil., guterh., verl.

ob. taucht geg. Kart. und Holz-

mittel Holzmeisterstr. 8, Hof 1, r.

St-Rad m. Fr. v. G. -

Ver. f. 200.-M.

v. abbr. 5 Uhr, an v. Sommer,

Wahren, Königstraße 26.

Guterh. II. Tourenrad m. Fr. u.

Rücktrittbr. Pat. Holzb., präw.

vt. Ang. Wörbit 26, I. I. Thomas

Herren-Rad m. Gummi u. Freil.

verl. Matzendorffstr. 70, I. r.

II-Rad St. Privat-Str. 18, III. r.

Freilauf-Rad m. Gummi verl.

billig Tandemstr. 15, IV. I.

Herren-Rad m. Fr. u. Gummi

verl. Matzendorffstr. 22, I. I.

Stab. Rad m. Fr. Gummi 200.-M.

Stab. Rad, Vapiermühlstr. 30 a, II. M.

1 Fahrrad ohne Gummi u.

1 Motorraddele m. Schlauch u.

z. v. Brandvorwerksr. 14, I. I.

1 Damenrad mit Gummi u.

2 Transportrad-Mantel z. v.

W. Müller, Belzer Str. 2.

auf. auf. auf. auf. auf. auf. auf.

Amtliche Bekanntmachungen. Beschlagnahme von Wohnungen.

(Wiederholung)

Mit der Bekanntmachung vom 14. März 1919 hat der Rat alle gekündigten sowie alle freilebenden Wohnungen mit Ausnahme der möblierten Zimmer mit Bezug besetzt mit der Maßgabe, daß er berechtigt ist, in jedem einzelnen Falle die sofortige Überlassung der Wohnung zwecks weiterer Vermietung gegen ein vom Mieteinstigungsamt festzugebendes Entgelt zu verlangen. Dazu wird folgendes bestimmt:

Die Beschlagnahme der gekündigten Wohnungen betrifft alle Wohnungen vom Anfang bis zur Kündigung an für den Zeitraum bis des vorläufigen Auszugs. Da es ist es gleichgültig, ob im Augenblick der Kündigung schon ein neuer Mietvertrag geschlossen ist.

Alle Kündigungen von Wohnungen sind vom Hausbesitzer oder Vermieter oder ihrem Vertreter sofort nach der Kündigung unter Angabe der Größe der Wohnung, des Wertpreises und des Zeitpunktes des Erstverwendens dem städtischen Wohnungsamt und zwar in dessen Geschäftsstelle Rudolphstraße 2, Erdgeschloß, links, mündlich oder schriftlich anzugeben. In der selben Weise sind sofort alle freilebenden Wohnungen anzumelden.

Es wird untersagt, ohne vorherige Zustimmung des Rates gekündigte oder freilebende Wohnungen zu vermieten oder überhaupt einen neuen Mieter in eine Wohnung aufzunehmen.

Die Zustimmung ist in der oben genannten Geschäftsstelle Rudolphstraße 2 zu holen.

Wohngüten, die mit Geschäftslokalen verbunden sind, fallen unter diese Bestimmungen, dagegen werden möblierte Zimmer und Schlafstellen nicht davon betroffen.

Zurückerhaltungen gegen die Anordnung werden auf Grund der V. a. mindestens vier Mahnungen gegen Wohnungsmangel vom 28. September 1918 mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Wohn.-R. IV.

Leipzig, den 12. Mai 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

100 Mark Belohnung.

In der Nacht vom 11. zum 12. Juli 1919 ist aus einer in Mölkau gelegenen Feldschmiede ein zweispänniger Küstewagen gestohlen worden.

Für die Wiederherstellung des Wagens und die Ermittlung des Diebes werden 100 Mark Belohnung ausgeschüttet. Sachdenkliche Meldungen sollen umgehend an die Gemeindeverwaltung Mölkau (Telephon Nr. 60171) gerichtet werden.

Mölkau, den 15. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Markranstädt.

Die Ausgabe I) der Brotkarten, II) der Lebensmittelkarten erfolgt künftig se. Zu I) am Donnerstag, dem 17. Juli 1919, zu II) am Sonnabend, dem 19. Juli 1919, von vormittags 8 bis 10 Uhr bis nachmittags 12 Uhr in den Ausgabestellen:

1. Bezirk: Turnhalle des Allgem. Turnvereins, Eingang vom alten Park,

2. Bezirk: Turnhalle des Turnvereins gegr. 1861, Parkstr.,

3. Bezirk: Volksschule.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der örtlichen Fleischausweiskarten und nur an diesem Tage.

Markranstädt, am 15. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Markranstädt.

Sonnabend, den 19. Juli 1919, erfolgt in den Geschäften von Thomas, Weigert, Möller, Michel, Berger und Heldmann gegen Abschluß 55 der dritten Lebensmittelkarte der Verkauf von Heringen mit etwa 1/2 Pfund auf die Person für 1 Mark.

Die Markenabnahmen sind seitens der Händler bis zum 17. Juli 1919 hier eingereichen.

Markranstädt, am 14. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Große Leipziger Straßenbahn.

Die 15-Jahrs-Kapitalien behalten nur bis einschließlich 15. September Gültigkeit. Später kann ein Umtausch in andere Kapitalien nicht erfolgen.

Leipzig, am 15. Juli 1919. - Die Direktion.

Sparkasse Lindenthal.

Geschäftsstelle: Gemeindeamt, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quadnitz, Gemeindeamt.

Geschäftszeit: Werktag durchgehend von 8-1/2 bis 1 Uhr, nachmittags geschlossen.

Kostenfreie Übertragung angelegter Gelder von auswärtig. Tägliche Vergütung mit 3-1/2 % Kontrollmarken. Fernsprecher 50058. Postcheck-Konto Nr. 11104 in Leipzig. Girokonto bei den Großkassen Leipzig, Neumarkt 83, u. Lindenthal.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8-1/2 Uhr.

Darlehen

gegen Bürgschaft und ratenweise Rückzahlung an hiesige

Handel- und Gewerbetreibende

gewährt zu billigen Zinsen.

Leipziger Bankverein eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht Burgstraße 26.

Versteigerung.

Morgen Donnerstag, vorm. 10 Uhr, versteigere ich im freien. Austrag des Eigentümers in Leipzig-Böhlwitz, Zollhöferstraße 38 folgende Nachlaß-Gegenstände: 1 Kleiderschrank, 1 Soja, 1 Waschschrank, 1 Kommode, 2 Nähbüchse, verschiedene Spiegel, 1 Küchenenschrank, 1 Stückchen, 2 Bänke, 1 Waschtisch, 2 Bettstühle mit Matratzen, 1 Uhr, verschied. Haushaltgegenstände, ferner 1 Aquarium, Gewichte.

500 m Drahtseil, 15 mm stark, und anderes mehr. Beleuchtung 1 Stunde vorher.

Hermann Thiemig Auktionator und Tagator, Schulstr. 8. - Fernr. 18157.

Bekanntmachung.

Nachstehend wird die Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt, vom 10. Juli 1919, über die Neuregelung der Höchstpreise für Frühgemüse zur Kenntnis gebracht.

Gleichzeitig wird die Statis-Erlaubnis vom 24. Juni 1919 hiermit aufgehoben.

Ern.-A. III.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Höchstpreise für Frühgemüse.

Mit Wirkung vom 10. Juli 1919 ab werden im Auftrag der Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende Höchstpreise festgesetzt:

Erzeuger.	Großhandels-Höchstpreis	Großhandels-Höchstpreis	Minihandels-Höchstpreis
1. Erbsen	0.35	0.45 (48)	0.60 (68) Pf. d. Pfund
2. Bohnen			
a) rote Bohnen (Stangen-, Buschbohnen)	0.35	0.48 (50)	0.68 (65)
b) Wachs- und Peribohnen	0.45	0.58 (60)	0.78 (75)
c) Puff-(Sau-)bohnen	0.20	0.28 (30)	0.36 (38)
3. rote Möhren und Karotten alter Art einschl. der kleinen runden Karotten			
a) mit Kraut	0.15	0.21	0.29
b) ohne Kraut	0.28	0.31 (33)	0.42 (44)
4. Rübschotenkraut mit jungem Kraut	0.18	0.24	0.32
5. Grünkohlweisskohl	0.18	0.25 (20)	0.38 (34)
6. Grünkohl ringkohl	0.20	0.27	0.35
7. Rübskohlkraut	0.28	0.30 (32)	0.41 (48)
8. Rübskohl-wie-in mit Kraut	0.20	0.27 (29)	0.35 (37)
9. Rübskohl-wie-in ohne Kraut	0.20	0.27 (30)	0.48 (50)

Die in Klammern gesetzten Preise gelten für die Kommunalverbände Dresden-Stadt und -Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt und Plauen-Stadt.

II.

Die Erzeuger-Höchstpreise unter I gelten gleichzeitig als Verkaufspreise für die auf Grund von Lieferungsverträgen gehandelten Waren. Sie treten an die Stelle der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten und veröffentlichten Höchstpreise und sind ebenso wie die Groß- und Kleinhandels-Höchstpreise im Sinne des Gesetzes bzw. Höchstpreise vom 4. Au. 1914 (MGBl. S. 389) mit den dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

III.

Der Kaufverband von Möhren mit Kraut ist verboten. Soweit Möhren mit Kraut von der Erzeugerstelle auf kurze Entfernung mit Fuhrwerk oder auf andere Weise an die Absatzstelle, insbesondere auf öffentliche Märkte, befördert werden, ist diese Beförderung bis auf weiteres zugelassen.

IV.

Die Preise unter I gelten auch für solche insländische Waren, die von außerhalb in das Gebiet des Freistaates Sachsen eingeschafft werden.

V.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 21. Juni 1919 über Höchstpreise für Frühgemüse (Nr. 129 der Sächs. Staatszeitung vom 28. 6. 1919) gilt mit Wirkung vom 10. Juli ab als aufgehoben.

Dresden, am 10. Juli 1919.

1912 V. G. 2. 19.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

1912 V. G. 2. 19.

Telefon 8070. Zweigverein Leipzig. Telefon 8070.

Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonnabends von 9-2 Uhr

Bauarbeiter-Verband

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 9 Uhr

Generalversammlung im Volkshaus

Tagesordnung:

Bericht und Abrechnung über das erste Halbjahr 1919. Anträge. Verschiedenes.

Die Mandate werden jedem Einzelnen zugestellt, ohne Mandat sein Bittum.

Völkisches Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Lichtspiele Albert - Halle

Nur noch heute und morgen:

Die Kinder des Kapitän Grant

7 Akte voluster Spannung!

Der Meister-Detektiv

Stuart Webbs

in dem 4aktigen Kriminalfilm

„Die Senator-Wahl“

Außerdem:

„Um Ihrer Liebe willen“

Liebes-Tragödie in 4 Akten.

im
KrysalipalastAnfang
Wochenfags 1/24 Uhr · Bis 7 Uhr Jugendvorstellung

Sonneags 3 Uhr

Jugendvorstellung

Cansiduci

Morgen 7,7 Uhr

der beliebte

Donnerstag-Ball.

Maumau-Bräu

Neumarkt - Kupfergasse

Musikaufführungen Konzert: Hugo Dähne

MÖBEL

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen

In großer
Auswahl
zu billigen
Preisen.

Klein-Möbel
Beste Verarbeitung, trockenes Material.

Möbelhaus

Markt 8, Laden

1. Haus Hainstraße.

**Großes Spezialhaus für bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen.**

Zähne
Plombe von 3 Mk. an

Auf alle bess. techn. Arbeiten

10 Jahre schriftliche

Garantie für Haltbarkeit

Sprechst. 8-7 Uhr

Sonntags 8-2 Uhr

Reparat. zerbr. Kantschokpl.
3 Mk. schnellstens.

Keine Wanze mehr

Mk. 2.—

au mit Kammerjäger Berg's Nikodaal I und II zu erzielen.

Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch.

Viele Dankesbriefe.

Doppelpack. Mk. 2.— Ausreichend für 1-8 Zimmer u. Betten.

Verkauf: Drog. Zander, Klostergasse 11,